Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 29. Juni 1927 — Nummer 149

Mietwucher und Reichstag

Abbau der Mieterschutzgesetzgebung bis Dezember verschoben

12000 Beamte demonstrieren in Dresden

Das Landtagspräsidium lehnt mit den Stimmen von Schwarz und Mucker (Soz.) den Empfang der Delegation ab. — Die Regierung verhandelt nicht angesichts der Demonstranten. — Schwächliche Haltung der Gewerkschaftsführer

Der schwere wirtschaftliche Druck des kapitalistischen Rationalisierungssystems hat die Beamtenschaft aufgerüttelt. Wie immer braucht Dresden am längsten, um aus dem Winterschlaf zu erwachen. Hauptsächlich waren es die Führer der Beamtenverbände, die als staatstreue Untertanen nicht gewagt hatten, den Forderungen ihrer verzweifelnden, in Verschuldung und Verelendung geratenden Mitglieder Nachdruck zu verleihen. Unter dem Druck der Beamtenschaft, das muß ausdrücklich festgestellt werden, hatte endlich der ADBB und der DBB gestern zu einer Massenkundgebung der Dresdner Beamten- und Lehrerschaft nach den Elbwiesen aufgerufen. Vor dem Finanzministerium sammelten sich von 19 Uhr ab die Massen. Die Gewerkschaftsführer hatten das Tragen von Fahnen und Plakaten verboten, aber schon das geschlossene Erscheinen bestimmter Beamtengruppen, so der Postbeamten und anderer gab dem Ganzen den Charakter einer wuchtigen Massenkundgebung. Herr Kühn hatte zum Schutz vor den Beamten eine ansehnliche Zahl bewaffneter Polizeibeamter entsandt, die jedoch recht deutlich zeigten, daß sie am liebsten mit den Demonstranten marschiert wären. Von den ebenfalls zahlreich vertretenen Kriminalbeamten wußte man nicht recht, ob kollegiales Solidaritätsgefühl oder dienstlicher Auftrag sie auf die Elbwiesen geführt hatte. Alle Beamtenkategorien waren vertreten. Besonders fielen die uniformierten Postbeamten auf. Mancher, der bisher verächtlich auf demonstrierende Arbeiter herabgesehen hatte, war durch die Not zur Erkenntnis gebracht worden, daß die Kampfmethoden der klassenbewußten Arbeiterschaft die der gesamten Lohn- und Gehaltsempfänger werden müssen, wollen diese ernsthaft ihr Recht auf menschenwürdiges Leben erkämpfen. 12000 Beamte und Lehrer lauschten den sechs Rednern der Verbände, unter denen die Ausführungen des Vorsitzenden des Lehrervereins Trinks vorteilhaft von den absolut nicht entschlossenen der anderen Redner abstachen. Trinks betonte, daß die Beamtenschaft sich nicht länger betrügen und an der Nase herumführen lassen dürfe und erklärte, daß die Not die Beamten zur Erkenntnis gebracht habe, daß, wenn die gegebenen Versicherungen nicht eingehalten würden, die Beamtenschaft ihre Kraft dem Staat zeigen müsse. Die Beamten fühlten sich als eins mit der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Darauf wurde eine Resolution angenommen, die wir anschließend zum Abdruck bringen. Ein machtvoller Demonstrationszug setzte sich hierauf nach dem Theaterplatz in Bewegung, wo sich abermals die Massen ansammelten und eine zwölfköpfige Delegation nach dem gerade tagenden Landesparlament sandten. Das Landtagspräsidium hatte beschlossen, den Empfang dieser Delegation abzulehnen. In Gemeinschaft mit dem Deutschnationalen Eckardt und dem Volksparteiler Hickmann weigerten sich auch die Sozialdemokraten Schwarz und Mucker, die Beamten vorzulassen, lediglich das kommunistische Vorstandsmitglied, Genosse Lieberasch, trat für den Empfang ein. Das Präsidium überließ es dem Beamtenausschuß die Delegation anzuhören. Die Regierung hatte gerade keine Zeit, sie wollte zweifellos damit zeigen, daß sie angesichts der Demonstration nicht verhandle. Im Besoldungsausschuß hatten auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien keine Zeit. Die KPD-Vertreter erklärten für die Forderung der Beamten einzutreten. Auch die Sozialdemokraten versprachen ein gleiches. Der Demokrat Klaus gab halbe Zusagen und Bethke zeigte den Beamten ein unwilliges Gesicht.

Die Beamtenschaft quittierte die Mitteilung ihrer Delegation darüber, daß die Regierung ihre Vertreter nicht empfangen habe, mit stürmischen Zurufen. Zu der Berichterstattung des Verbandsvorsitzenden des Beamtenbundes muß festgestellt werden, daß dieser sich auf dem Theaterplatz größte Mühe gab, das Eintreten der KPD für die Beamten zu verschweigen. Die einzige Partei, die wirklich mit aller Energie für die Beamten eintritt, wurde nicht erwähnt. Als er aber in der Eile einmal mitteilte, was Rötzscher gesagt hatte, korrigierte er und erklärte, das habe Rösch gesagt von der SPD, obgleich der Herr bei seiner eigenen Beziehung zur SPD weiß, daß Rösch nicht Mitglied des Landtages ist.

Der Vorsitzende des Beamtenbundes scheint eine Parteisuppe für eine bestimmte Partei kochen zu wollen, daran scheint ihm, dem Vertreter der Beamten, mehr zu liegen wie an der Verbesserung der Beamtenbezüge.

Von den anderen Mitgliedern der Delegation wurde objektiv berichtet.

Der Aufmarsch der Beamten, der hier in so riesengroßem Maße erfolgte, zeigt, daß die Erregung in diesen Schichten sehr groß ist. Die stürmischen Zwischenrufe mit denen die Ausführungen der Redner begleitet wurden, bewiesen das zur Genüge.

Von den Demonstranten wurde folgende

Entschließung

angenommen:

„Tausende Dresdner Beamte, Lehrer und Angestellte sind heute unter freiem Himmel versammelt, um ihrer Empörung Ausdruck zu geben über die unglaubliche Art, mit der die Reichsregierung und Regierungsparteien des Reichstages die Frage der Besoldung bisher behandelt haben. Seit mehr als drei Jahren wird die Beamtenschaft mit leeren Versprechungen hingehalten. Die Not in den meisten Beamtenfamilien, besonders bei den mittleren und unteren, ist aufs höchste gestiegen; Niedergeschlagenheit und Verzweiflung untergraben die Dienstfreudigkeit immer mehr. Es ist eine Herausforderung ohnegleichen, wenn der Reichsfinanzminister Dr. Köhler unter solchen Umständen von „hysterischen Kundgebungen" spricht. Schuld an dem ganzen Elend sind alle maßgebenden Stellen, die ihrer Verpflichtung, der Beamtenschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, nicht nachkommen wollen.

Die Dresdner Beamtenschaft erkennt das Eintreten des Freistaates Sachsen für eine sofortige Gehaltsaufbesserung an und erwartet, daß die ohne Vorbehalt gefaßten Beschlüsse des Landtages vom 6. April d. J. nunmehr unverzüglich durchgeführt werden.

Die gesamte Beamtenschaft braucht sofort Geld.

Wir fordern weiter vom Reichstage und der Reichsregierung eine sofortige ausreichende Gehaltserhöhung und im Anschluß hieran eine beschleunigte Verabschiedung der Besoldungsreform;

vom Landtag und von der sächsischen Regierung tatkräftige Vertretung dieser Forderungen im Reichsrat bzw. bei den politischen Parteien."

Am Montag wird im Landtag die Entscheidung über die Besoldungsregelung getroffen werden. Die Beamten werden gut tun, auf die Parteien und ihre Haltung zu achten.

Ein Scheinzugeständnis an die Mieterschaft

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichstag hat gestern in sämtlichen 3 Lesungen eine provisorische Vorlage angenommen, nach welcher das Mieterschutzgesetz und das Reichsmietengesetz bis zum 31. Dezember 1927 verlängert wird. Beide Mieterschutzgesetze werden also um 6 Monate verlängert. Die Annahme dieses Antrages bedeutet aber nicht, daß der Bürgerblock mit den Verschlechterungen noch ein halbes Jahr warten will. Die Vorlagen, die die Verschlechterungen enthalten, sind dem Reichstag zugegangen und werden in beschleunigter Weise in den Ausschüssen durchberaten werden.

•

Die Hausagrarier haben zum Ablauf des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes zum 30. Juni seit langem energische Vorstöße gemacht, um die letzten Rechte der Mieter abzubauen. Die Bürgerblockregierung ist gewillt, den Forderungen der Wohnungskapitalisten restlos nachzukommen. Das ergibt sich klar und eindeutig aus der Dienstag-Sitzung des Reichstages, in der die Regierung — zwei Tage vor Ablauf der Mieterschutzgesetze — den Reichstag eine Verlängerung der Gesetze um einen Monat beschließen ließ. Allerdings brauchte der Bürgerblock eine Verschleierung seiner Absichten. Und so beantragte der Deutschnationale Graf Westarp für sämtliche Regierungsparteien die Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung bis Ende dieses Jahres, um Zeit zu gewinnen, die Forderungen der Hausagrarier in Gesetzesform zu gießen.

Der Sozialdemokrat Lipiski nannte das Vorgehen der Regierung eine unerhörte Pression auf den Reichstag, um ihn zur Annahme der für die Mieter verhängnisvollen Verschlechterungen zu nötigen.

Reichsjustizminister Hergt entschuldigte die Regierung. Die Vorlage sei so spät eingebracht worden, weil die Länderregierungen ihre Berichte zurückgehalten hätten. Die Reichsregierung habe sogar gegenüber den sehr großen Benachteiligungen der Mieter durch die Novelle des vorigen Jahres Verbesserungen zugunsten der Mieter vorgesehen. Die Regierung sei mit der Verlängerung des bestehenden Zustandes bis Ende Dezember einverstanden, damit in der Zwischenzeit „ein gerechter Ausgleich zwischen Hausbesitzern und Mietern" erzielt werde.

Für die Kommunistische Partei brandmarkte Genosse Höllein mit scharfen Worten die Mieterfeindlichkeit der Regierung und Bürgerblockparteien, die grenzenlose Demagogie der Wirtschaftlichen Vereinigung und rief die Mietermassen zum Kampf gegen ihre Feinde auf.

Der Demokrat Bartschat will die Interessen der Mieter und Vermieter gegeneinander abwägen, so daß vom Dezember ab Mieter und Vermieter „gleicherweise zufrieden" sein können.

Nachdem der Völkische v. Ramin von Korruptionswirtschaft im Gefolge des Wohlfahrtsminister Hirtsiefer gesprochen und der Wirtschaftsparteiler Jörissen als Interessenvertreter der Hausagrarier den schleunigsten Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gefordert hatte, wurde in die Abstimmung eingetreten.

Die kommunistischen und sozialdemokratischen weitergehenden Verlängerungsanträge zur Mieterschutzgesetzgebung wurden gegen die Antragsteller abgelehnt. Angenommen wurde die Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Die Novellen zum Mieterschutzgesetz und Reichsmietengesetz mit den dazu gestellten Anträgen wurden dem Wohnungsausschuß überwiesen, damit sofort an die Verschlechterung der Mieterschutzgesetzgebung durch den Bürgerblock herangegangen werden kann.

Abrechnung mit den Mietwucherern

Rede des Genossen Höllein:

Reichsjustizminister Dr. Hergt hat vergeblich versucht, seinem Wechselbalg von Regierungsvorlage durch allerlei Schminke und Frisuren ein für die Oeffentlichkeit präsentableres Gesicht zu geben. Er hat aber nicht vermocht, auch nur einen einzigen sachlichen Grund für die weitere erhebliche Verschlechterung des Mieterschutzes anzuführen. Er leitet lediglich aus der Tatsache, daß bereits im Vorjahre der Mieterschutz erheblich zuungunsten der Mieter verschlechtert worden ist, für sich und den Bürgerblock das Recht ab, ihn auch weiter systematisch zu verschlechtern. Daneben beruft er sich auf politische Notwendigkeiten. Dieses sind aber nur die partei- und wahlpolitischen Notwendigkeiten des Bürgerblocks. Eine Regierung, die diesen Namen verdient, dürfte sich lediglich von der Frage leiten lassen: Besteht eine wirtschaftliche oder soziale Notwendigkeit, den Mieterschutz weiter abzubauen? Jeder sozial einsichtige Mensch muß diese Frage glatt verneinen. Die Verhältnisse auf dem Miet- und Wohnungsmarkt haben sich im letzten Jahre nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Die Wohnungsnot und das Wohnungselend sind in weiterem Wachsen begriffen. Hat man 1926 auch zum ersten Male den vom Reichsarbeitsminister Brauns angegebenen Mindestneubedarf an Wohnungen erreicht, so wurde gleichwohl auch in diesem Jahre der Wohnungsneubedarf nicht ausgeglichen, der durch die erforderliche Ausschaltung ungesunder oder baufälliger Wohnungen entsteht. Seit Beendigung des Krieges ist somit noch nicht in einem einzigen Jahre der unbedingte Neubedarf von Wohnungen gedeckt, geschweige denn, das durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachte Wohnungsdefizit ausgeglichen worden. Die Ueberfüllung der Klein- und Mittelwohnungen wächst weiter. Mit dieser Ueberfüllung wachsen auch die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren der Wohnungsinsassen. Auch von rein wirtschaftlicher Seite muß der Abbau des Mieterschutzes mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Riesenzahl der Arbeitslosen und Krisenfürsorgeempfänger, die Zunahme der sozialbedürftigen Personen, Kriegsbeschädigten, Kriegsopfer, Sozial- und Kleinrentner usw. sollten jede Regierung veranlassen, die Gefahren der Obdachlosigkeit zu mildern, statt zu erhöhen. Die Mietsteigerungen am 1. April und 1. Oktober, die ständig steigenden Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel und die Bürgerblockpläne in bezug auf den Zollwucher bringen Millionen von Volksmassen neu in die Gefahr des Verlustes ihres Wohnrechts. Auf Grund der vorjährigen Verschlechterung des Mieterschutzes ist die Zahl der Exmittierten bereits ins aschgraue gestiegen. In allen deutschen Großstädten sind Tausende von Familien ohne jedes persönliche Verschulden als Opfer des Systems auf die Straße geworfen worden. Waggonkolonien und Notobdachlosenasyle sind die Unterkunftsstätten für die unglücklichen Exmittierten. Dabei haben sich geradezu grauenerregende Zustände herausgebildet. So in Hannover mit seiner glorreichen Einführung der Sprungställe. Diese Zustände aber genieren den christlichen Bürgerblock nicht. Statt Wohnungen und Brot gibt man den Massen neue Knebelungsgesetze. Vor allem aus Furcht vor den hemmungslosen Demagogen der Wirtschaftspartei, die, in Erwartung der Milliardeninflationsgewinne aus der Hypothekenenteignung mit Korruption und Ter-

Beamtenabbau

Die Antwort auf die Beamtenforderung

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 27. Juni 1927 beschlossen, den Präsidenten des Staatsrechnungshofes mit der Erstattung eines Gutachtens über die Möglichkeit einer Vereinfachung und Verbilligung der sächsischen Staatsverwaltung zu beauftragen. Es bleibt ihm vorbehalten, sich dabei mit dem Reichssparkommissar ins Benehmen zu setzen. Ferner hat das Gesamtministerium beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Altersgrenzengesetzes für Beamte und Lehrer, sowie eine Vorlage über Besitzänderung am staatlichen Packhofgrundstück und an den anschließenden städtischen Elbuferflächen in Dresden-Altstadt zur Gewinnung von Bauplätzen für verschiedene Neubauten des Reiches, des sächsischen Staates und der Stadt Dresden, dem Landtag zuzuleiten. Endlich ist noch einem Entwurf einer Verordnung über die Gewährung von Uebergangsgeldern für Angestellte zugestimmt worden.

tor schlimmster Art die Beseitigung jedes Mieterschutzes herbeizuführen suchen. Honorare von 500 Mark für einen halbstündigen Vortrag zugunsten der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zahlt man Parlamentariern ohne mit der Wimper zu zucken. Gleichzeitig schreibt man den mieterfreundlichen Abgeordneten und der Reichsregierung die anmaßendsten Drohbriefe, um sie gefügig zu machen.

Die Beratung der neuen Vorlage zwei Tage vor Ablauf der beiden Gesetze bedeutet einen schamlosen Erpressungsversuch gegenüber dem Reichstag und der Mieterschaft. Es soll eben um jeden Preis jede Gegenwehr der Mieter im Keime erstickt werden. Wir aber fordern, daß die Frage des Mieterschutzes für die Mietermassen eine entscheidende Wahlparole bei den nächsten Wahlen werde. In der Frage der Auswucherung und Rechtlosmachung der Mieter gehen Haus- und Großkapital Hand in Hand. Den notwendigen Ausgleich für die Mieterhöhungen verweigert man aber den werktätigen Massen mit eiserner Gewissenlosigkeit. Das Ziel des Hauskapitals ist, die Miete in den Altwohnungen möglichst sofort auf den Stand der Rentabilitätsmiete in Neuwohnungen, d. h. auf die zweieinhalb bis dreifache Friedensmiete zu bringen, um so etwa hundert Milliarden Wertzuwachs aus dem Grundbesitz herauszuschlagen. Die Behauptung Dr. Hergts, daß seine Vorlage die Grundlagen des Mieterschutzes unverändert lasse, zeugt von einer bewundernswerten Kühnheit. Leider hindert mich die kurze Redezeit, die ungeheuerlichen Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Zustand aufzuführen. Das freie Kündigungsrecht für die Hausbesitzer soll ihnen neue Terrormittel in die Hand geben, um die Mieter sturmreif zu machen für eine restlose und willenlose Unterwerfung unter das Diktat des Hauskapitals. Es wird zu einer wahren Kündigungsseuche bei den Hausbesitzern kommen, für die die Mieter die materiellen und moralischen Kosten aufzubringen haben. Die weitgehende Ausschaltung der Mietsschöffen im Vorverfahren und die Einführung der Amtsrichterdiktatur bedeuten eine schwere Bedrohung für die Mieterschaft. Die Einspruchsfrist des Mieters gegen jede willkürliche Kündigung des Hausbesitzers beträgt nur acht Tage. Die Versäumnis dieser Frist beraubt den Mieter seines Wohnrechtes. Die abgelaufene Redezeit hindert mich, alle neuen Teufeleien gegen die Mieter im einzelnen aufzuzählen. Aber dem Bürgerblock wird nichts geschenkt werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Miet- und Wohnungsfrage in Deutschland in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gerückt und den Hauskapitalisten und ihren Helfershelfern die Räubermaske vom Gesicht

Gegen den imperialistischen Krieg

Kundgebung der sozialistischen Studenten

Zu einer imposanten Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg gestaltete sich, unter starker Beteiligung der Dresdner Hand- und Kopfarbeiter die vom Sozialistischen Studentenbund gestern nach dem Künstlerhaus einberufene Protestversammlung, für die Dr. Otto Neurath-Wien, Johannes R. Becher-Berlin und ein Vertreter der Kuomintang-Partei als Redner angekündigt waren. Saal und Galerien waren bis zum letzten Platz gefüllt. Eine Handvoll Nationalsozialisten, die zu dem offensichtlichen Zweck der Provokation der Versammlung erschienen waren, mußten, nachdem sie die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens eingesehen hatten, unter stürmischem Gelächter und Händeklatschen der ganzen Versammlung den Saal verlassen. Als erster Redner des Abends sprach Dr. Otto Neurath, der mit der Beleuchtung der Kolonialpolitik der kapitalistischen Staaten die Gefahrenquellen eines drohenden imperialistischen Krieges aufdeckte. Mit stürmischem Beifall begrüßt sprach darauf ein Vertreter der Kuomintang-Partei und gab eine lebendige Schilderung des Heldenkampfes der chinesischen Revolutionäre. Er betonte, daß der Befreiungskampf der chinesischen Arbeiter und Bauern von größter Bedeutung für die europäische Arbeiterklasse ist. Die chinesische Revolution habe ihren besten Freund in der Sowjetmacht.

Darauf sprach für die pazifistische Frauenliga Dresdens Frau Ministerialdirektor Freund. Als Vertreter des bekannten proletarischen Dichters Joh. R. Becher sprach dann Dr. Ernst Meyer-Berlin unter größter Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung. Genosse Meyer der oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, zeigte die drohende Gefahr des Krieges auf; enthüllte die Absicht der imperialistischen Kriegstreiber und die Bestrebungen des neudeutschen Imperialismus, der gegen entsprechende Bezahlung und Zugeständnisse seitens Frankreichs und Englands bereit ist, unter der Parole „Kampf gegen die Komintern" in die Antisowjetfront praktisch einzuschwenken.

Genosse Meyer warnte vor der Illusion, als ob der Völkerbund den Frieden sichern könnte und wies nach, daß nur eine geschlossene Front des internationalen Proletariats einen neuen imperialistischen Krieg und die von den Imperialisten geplante und mit allen Mitteln betriebene militärische Intervention gegen Sowjetrußland verhindern kann. Stürmischer und langanhaltender Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seine klaren und verständlichen Ausführungen. Nach dem Schlußwort Neuraths nahm die Versammlung eine Entschließung an, die sich gegen die Unterdrückung der Kolonialvölker und gegen die imperialistischen Kriegsabsichten gegen Sowjetrußland wandte.

Mit blanker Waffe gegen Streikende

Streik in der Kölner Metallindustrie. Die Metallarbeiter verlassen nach 8 Stunden den Betrieb

Köln den 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Dienstagnachmittag verließen in allen Betrieben der Metallindustrie die beschäftigten Arbeiter die Betriebe und formierten sich zu einem riesigen Demonstrationszug, der vor das Regierungsgebäude zog, wo der Schlichtungsausschuß tagte. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor und verhaftete mehrere Arbeiter.

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschloß am Sonntag dem 26. Juni, daß ab Montag den 27. Juni die Metallarbeiter nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen und den Kampf um den Achtstundentag und den vollen Lohnausgleich aufzunehmen haben. Der alte Tarif, der für die meisten Betriebe 54 Stunden vorsah, war am 24. Juni abgelaufen. Der obige Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem die Verhandlungen gescheitert waren. Der christliche Metallarbeiterverband hatte am gleichen Tage ebenfalls den Beschluß gefaßt, nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen und den Kampf um den vollen Lohnausgleich aufzunehmen.

Am Montag haben nun die Kölner Metallarbeiter ausnahmslos nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. In mehreren Werken wurde gemäß dem Beschluß der Generalversammlung der Beschluß gefaßt, ab Dienstag früh in den Streik zu treten. Der Streikbeschluß wurde gefaßt in der Maschinenfabrik Humboldt A.-G., Köln-Deutz, in der Schiffswerft Sachsenberg, Heddenheimer Kupferwerk, ferner Rheinische Walzenmaschinenfabrik, sowie Rhenania-Werke.

Außerdem legten am Dienstag sämtliche Belegschaften um 2 Uhr nachmittags die Arbeit nieder, um in einer gewaltigen Demonstration vor das Regierungsgebäude zu marschieren, wo die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses stattfanden. Dabei ist nun die Polizei mit blanker Waffe gegen die demonstrierenden Arbeiter vorgegangen. Das Eingreifen der Polizei zeigt, wie die herrschende Gesellschaft den Staatsapparat gegen die Arbeiter wirksam werden läßt, sobald die Arbeiter ernsthaft den Kampf für ihre Lebensinteressen aufnehmen. Der Polizeiknüppel verteidigt auch in der demokratischen Republik die Interessen des Geldsackes. Die Einleitung des Kampfes um den Achtstundentag muß für die gesamte Arbeiterschaft ein anfeuerndes Beispiel sein. Die Kölner Arbeiter müssen dafür sorgen, daß der Kampf weitergeführt wird, wie er eingeleitet wurde, trotz aller Polizeiprovokationen; sie dürfen nicht dulden, daß der geschlossene Kampf in kurzer Zeit mit einem faulen Kompromiß abgedreht wird.

Der Mord in Arensdorf

Keine durchgreifende Untersuchung. — Die Mordbuben bleiben frei

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Untersuchung des Mörders von Arensdorf wird sehr schleppend geführt. Das Berliner Tageblatt sieht sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Einwohner des Dorfes, die über die Vorbereitung des Ueberfalles Aussagen machen können, einfach nicht vernommen werden. Die Haftbeschwerde des Mörders Schmelzer wurde zwar abgelehnt, beide Werwolfleute aber, die den Ueberfall provoziert haben, laufen immer noch frei herum.

Berliner Blätter veröffentlichen einen Bericht über einen Besuch in Arensdorf, woraus klar ersichtlich ist, daß der Ueberfall auf die Reichsbannerleute am Sonnabend abend vorbereitet war. Bei einer Durchsuchung nach Waffen, die am Montag abend im ganzen Dorfe vorgenommen wurde, fand man nicht nur Teschings und Jagdgewehre, sondern auch 3 Maschinengewehre und in einem Keller am Ende des Dorfes ein Handgranatenlager. Weiterhin ist festgestellt worden, daß einige Wochen vor dem Reichsbanner-Treffen in Frankfurt Schießstände eingerichtet wurden, auf denen die Stahlhelmer und Werwolfleute fleißig übten. Der Täter Schmelzer ist nicht, wie die Rechtspresse zuerst behauptete, 50 Prozent kriegsbeschädigt sondern nur zwanzig Prozent erwerbsbeschränkt. Der Tod des Reichsbanner-Kameraden erfolgte durch zwei Schüsse, die als Querschläger durch die Lungen gingen, das Rückgrat durchschlugen und dann im Rücken stecken blieben.

Die Deutsche Zeitung bemerkt in ihrer gestrigen Morgenausgabe, daß es an und für sich freudig zu begrüßen wäre, „daß sich die gesamte bürgerliche Bevölkerung gegen die Ausbreitung der roten Pest tatkräftig wehrt."

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion reichte eine Interpellation ein, in der sie den Justizminister fragt, ob die Untersuchung zur Aufdeckung des Ueberfalles rücksichtslos und schleunigst durchgeführt werde und fragt an, welche Maßnahmen das Innenministerium gegen solche Fälle zu ergreifen gedenkt.

Die Kommunisten haben in dem Preußischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach die Vorfälle in Arensdorf sofort besprochen werden sollen und in dem weiter die sofortige Auflösung der Rechtsverbände gefordert wird. **Der Sozialdemokrat Heilmann widersprach der Dringlichkeit des Antrages!** Am Freitag wird sich Herr Grzesinski herbeilassen, die Interpellation der Sozialdemokraten zu beantworten.

Gutsbesitzer-Subvention für die Deutschnationalen

Schwerin. In einer Wahlversammlung in Neubrandenburg wurde mitgeteilt, daß die aus einigen Dutzend Mitgliedern bestehende Vereinigung der ritterschaftlichen Großgrundbesitzer Mecklenburg-Schwerins in ihrem Etat einen Beitrag von 46 250 Mark für Subventionen an die DNVP und deren Presse und für den Landbund ausgeworfen hat. Das sind nicht die Gelder, die für den jetzt laufenden Wahlkampf direkt gegeben werden. Die Großgrundbesitzer, die dieses Geld übrig, haben, zahlen selbstverständlich keinen Pfennig Einkommensteuer.

Kommunistische Beamtenforderungen in Preußen abgelehnt

Der Preußische Landtag lehnt den kommunistischen Antrag auf rückwirkende Gehaltserhöhung ab.

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages erklärte gestern dem preußischen Finanzminister, Preußen würde dann eine Erhöhung der Beamtengehälter vornehmen, wenn das Reich an seine Beamten mehr zahle. Der kommunistische Antrag, der für die Beamten der Gruppen 1 bis 7 rückwirkend ab 1. Mai Zuschläge verlangt, wurde abgelehnt.

„1928 — ein Kriegsjahr!"

Die Pläne der Imperialisten

Ein Londoner Korrespondent der B. Z. am Mittag schreibt seinem Blatte:

In London finden in diesen Tagen eifrige Verhandlungen darüber statt, welche nächsten Schritte gegen den Bolschewismus ins Auge gefaßt werden sollen. An diesen Verhandlungen sind auch (nichtbeamtete) deutsche Persönlichkeiten beteiligt.

..... Ernst sind die Pläne, mehrere Staaten zu einem Bruch mit Rußland zu bringen. Manche englischen Minister hoffen, daß auch Frankreich zu einem Bruch mit Rußland kommen wird. Die Polen haben nur dem Anschein nach die letzte russische Note nicht beantwortet. In Wahrheit haben sie durch ihren Gesandten Patek in Moskau eine mündliche Antwort gegeben: „der Ton der russischen Note sei ganz ungehörig gewesen, deshalb habe man lieber eine schriftliche Antwort vermieden; aber eine Wiederholung dieses Tones würde Polen zwingen, seinerseits die Beziehungen zu Rußland abzubrechen." Also eine recht direkte Drohung mit dem Bruch.

Aehnliche Einflüsse werden auch in den Randstaaten (besonders in Finnland, Litauen und Rumänien) zur Geltung gebracht, und vielleicht wird sich auch Ungarn anschließen.

Das Auswärtige Amt hofft, daß der eingeleitete Finanzboykott Rußlands die Bolschewisten zur Strecke bringen wird. Im britischen Auswärtigen Amt gibt es eine Gruppe, die über diese Minimalpolitik hinaus Verhandlungen pflegt. Sie ist geführt von Sir William Tyrrell, dem permanenten Staatssekretär des Amtes. Er ist Katholik und steht mit allen christlichen Mächten in Verbindung. Die Gerüchte über einen bevorstehenden päpstlichen Aufruf gegen den Bolschewismus wollen nicht verstummen.

Sir William Tyrrell verhandelte auch mit den russischen Emigranten. Zu seinen Vertrauten gehört Poljakoff, der diplomatische Korrespondent der Times, und als Augur auch Mitarbeiter der Fortnightly Review ist. Am rührigsten von allen Emigranten ist Sablin, ein ehemaliger russischer Konsularbeamter in London.

Zu den letzten Besuchern Sir William Tyrrells gehört der deutsche Kali-Industrielle Arnold Rechberg, der jetzt wieder in London ist. Rechberg hatte Konferenzen mit Birkenhead, Amery, Hicks, Sir Alfred Mond, die nur zum Teil geschäftlicher Natur waren. Am vergangenen Donnerstag ist er auch im Foreign Office empfangen worden, wo er mit Tyrrell eine mehr als einstündige Unterredung über die russische Frage hatte.

Alle diese Verhandlungen zeigen, daß die englische Politik gegen Rußland in beschleunigtem Tempo irgendeiner Entscheidung zutreibt, die von irgendeinem letzten Anstoß bestimmt sein wird. Diesen letzten Anstoß kann man aber bereits bezeichnen.

In London ist man vollkommen davon unterrichtet, daß man im nächsten Frühjahr an der Nordwestgrenze Indiens mit aufständischen Stämmen zu kämpfen haben wird, und man ist darauf auch militärisch vollkommen vorbereitet. Dieser Krieg in Indien wird hier als eine absolute Sicherheit dargestellt. Mehrere Militärs, die ich nacheinander sprach, sagten mir übereinstimmend: 1928 wird für uns ein Kriegsjahr."

Aber da nun die Militärs mit der russischen Frage befaßt sind, was liegt ihnen näher als gleich zu sagen: „Den indischen Aufstand werden wir niederschlagen. Aber was ist damit geschehen? Warum nicht ganze Arbeit machen und nach Moskau marschieren?" Der vorerwähnte Poljakoff geht hier auch im Kriegsministerium aus und ein."

*

Die Sozialdemokratie belügt die Arbeiterschaft mit der Behauptung, die englischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion seien bolschewistische Hirngespinste. Stresemann will die deutsche öffentliche Meinung beruhigen mit der lügnerischen Behauptung, Chamberlain strebe keine Antisowjetfront an. Demgegenüber schildert der obige bürgerliche Bericht die Lage mit allen Konsequenzen so, wie wir sie stets dargelegt haben.

*

Das Attentat gegen Orlow ein Racheakt

Berlin. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, wurde das Attentat auf den Vorsitzenden des Moskauer Militärgerichts von einem ehemaligen Beamten des Militärressorts aus persönlichem Rachegefühl verübt.

*

Stuttgarter Metallarbeiter gegen Kriegsgefahr und Klassenjustiz

Stuttgart, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Generalversammlung des DMV. nahm eine Entschließung an, in der sie sich verpflichtet, alle Kräfte für die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft und zum Kampfe gegen einen kommenden Krieg einzusetzen. Ferner nahm die Generalversammlung eine Resolution an, die sich gegen die Niedner-Justiz ausspricht.

*

Monarchistische Treibereien der Flüchtlinge von Doorn

Berlin. Die Welt am Abend verspricht, in den nächsten Tagen eine Reihe von Dokumenten zu veröffentlichen, die klar beweisen, daß die jetzige Frau des ehemaligen Kaisers mit Hilfe des Geheimrats Hugenberg und des Fürsten Otto zu Salm-Horstmar Pläne spinnt, die dahingehen, der ehemaligen kaiserlichen Familie wieder zur Macht zu verhelfen. Unter anderem ist eine Art „Wach- und Schließgesellschaft" ins Leben gerufen worden, die diese Pläne bei gegebener Zeit realisieren soll. Hugenberg ist Sachverständiger für alle Finanzierungsfragen und wird von den Mannen der Hermine sowohl auf seinem Gut Rohrbrake und in Bad Kreuth dauernd aufgesucht. Die Welt am Abend behauptet noch — und verspricht auch dafür urkundliche Beweise beizubringen — daß beamtete Polizeioffiziere die Propaganda und Pläne der Monarchisten unterstützen, indem sie Empfehlungen für „vertrauenswürdige Leute" ausgehen. Zu diesem Zwecke werden die runden Polizeistempel fleißig benutzt.

Keine Verhaftung Doriots

Aufhebung der Immunität des Genossen Doriots abgelehnt.

Paris den 28. Juni

Die Immunitätskommission hat die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Genossen Doriot mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt

*

Diese Haltung der Kommission gegen die Regierung Poincaré und den Justizminister Berthou ist ein neue Niederlage der Regierung. Die Lächerlichkeit, der die Regierung durch die Befreiung des Royalisten Daudet ausgesetzt wurde, folgt jetzt die Ablehnung der Auslieferung Doriots. War schon die Möglichkeit, daß Doriot nach seiner Rückkehr aus China in Paris vor Tausenden von Arbeitern reden konnte, eine Niederlage für den Justizminister, so bedeutet die Ablehnung der Auslieferung die zweite Auflage. Die Arbeiter von Paris stehen hinter Doriot, sie haben erklärt, daß sie ihn aus dem Gefängnis befreien werden. Der Druck der Massen wird Doriot und die kommunistischen Führer den Schergen Poincarés entreißen.

*

Was Semard erzählt

Einer der Berichterstatter der Humanité hatte Gelegenheit, den Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs, Semard, am Tage seiner Freilassung aus dem Gefängnis zu sprechen. Semard erzählt über seine Freilassung folgendes:

„Um ein Uhr wurde mir mitgeteilt, daß der Gefängnisdirektor mich in meiner Zelle sprechen wollte. „Sie sind frei!" eröffnete er mir, „beeilen Sie sich, Sie müssen in einer halben Stunde das Gefängnis verlassen haben." Ich fragte zunächst, ob meine Kameraden ebenfalls freigelassen würden. Als die Antwort verneinend ausfiel, protestierte ich lebhaft. Ich wollte nicht eine Begnadigung annehmen, wenn mein Genosse Monmousseau nicht ebenfalls in Freiheit gesetzt würde. Der Direktor beharrte auf seiner Mitteilung: „Ich habe Ihnen weiter nichts zu sagen," das war alles, was er erklärte. Ich nahm nun an daß es sich hier nicht um irgendeine Vergünstigung für mich handele, sondern um irgendeine juristische Maßnahme, die das Resultat unserer Bemühungen war, das Urteil gegen mich zu annullieren. Ich ging also in die Zelle Monmousseaus und verabschiedete mich von ihm. Aber ich konnte den Eindruck nicht loswerden, daß meine Freilassung keine endgültige sei, und ließ alles in meiner Zelle. Um 1 Uhr 25 Minuten verließ ich das Gefängnis, ohne etwas von den ganzen Vorgängen zu verstehen. Kein Mensch war vor dem Gefängnis. Jetzt weiß ich, welches Spiel man getrieben hat. Ich weiß jetzt auch, daß der Gefängnisdirektor die Stunde meiner Freilassung so wählte, daß ich mit Daudet und mit Delest nicht zusammentraf.

Die „Camelots" haben mich nur aus dem einen Grund mit auf ihre Liste der Freizulassenden gesetzt, um dem Gefängnisdirektor Catry das Gift genießbarer zu machen und — vielleicht auch, um ihn zu decken, falls die Vermutung auftauchen könnte, er habe mit ihnen unter einer Decke gesteckt."

SLUB
Wir führen Wissen.

Beilage
Mittwoch den 29. Juni 1927

Arbeiterstimme

Nr. 149
8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Die Meißner Porzellanmanufaktur und der Sächsische Landtag

Landtagssitzung vom 28. Juni 1927

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Regierungserklärung zu dem neuen Unglück im Staatlichen Kraftwerk Böhlen verlesen, in der mitgeteilt wird, daß ein Kind tödlich verunglückt sei und großer Sachschaden festgestellt werden müsse. Die Ursachen seien „noch nicht festgestellt" und man werde dem Landtag Mitteilung „baldmöglichst" darüber zugehen lassen. Offensichtlich ist, daß man eine Aussprache darüber verhindern will. Die Sozialdemokraten lassen erklären, daß sie bereits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Landtages beantragt hätten; die Kommunisten verlangen sofortige Besprechung der Erklärung und sofortige Behandlung des Antrages. Durch die Deutschnationalen wird die Regierung vor der Abrechnung mit ihren Methoden geschützt. Durch ihren Widerspruch wird Besprechung und Antragsberatung in dieser Sitzung verhindert. Darauf wird in die Behandlung der Tagesordnung eingetreten. Zunächst wird einstimmig das Kapitel „Botanischer Garten in Dresden" genehmigt. Darauf folgt die Berichterstattung über das Kapitel

„Porzellanmanufaktur Meißen"

Im Ausschuß ist hierzu unter anderem ein kommunistischer Antrag angenommen worden, der von der Regierung die ausnahmslose Durchführung des Achtstundentages in der Staatlichen Porzellanmanufaktur fordert. Ein weiterer Antrag der KPD, der Bereitstellung von 100 000 Mark aus Staatsmitteln zur Reorganisation der Pensionskasse forderte, war ebenfalls angenommen worden. Ebenso war beschlossen worden, die Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertreter der Arbeiter bei der Erörterung der Erzeugungs- und Absatzprobleme zu beantragen. Der Deutschnationale Berg hatte, um die Regierung nicht zu belasten, beantragt, daß diese ermächtigt wird, aus laufenden Mitteln der Manufaktur (nicht aus Etatmitteln) bis zu 100 000 RM für die Zwischenregelung der Pensionskasse zu verwenden. Dobbert (Soz.) erklärt, daß die Rechnungsaufstellung der Regierung über die Manufaktur nicht einwandfrei sei und daß man diese Angelegenheit noch klären müsse. Er unterstreicht die Sachlichkeit und Durchführbarkeit der im Ausschuß angenommenen kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge, greift die Haltung des deutschnationalen Abgeordneten Berg an und fordert die Einlösung der Versprechungen der früheren Finanzminister in bezug auf die Pensionskassenzuschüsse.

Der Finanzminister erklärt, daß sich die Differenz bei der Berechnung der Absatzsteigerung aus der einmal erfolgten Berechnung auf Grund des Bruttowertes, das andere Mal aus der auf Grund des Nettowertes erklären lasse. Er betont, daß er keinesfalls die Summe für die Pensionskasse aus den Staatshaushaltsmitteln nehmen könne. Er bittet um Annahme des deutschnationalen Antrages. (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten.)

Genosse Böttcher

weist die Erklärung des Ministers als arbeiterfeindlich scharf zurück. Der Minister habe keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen. In erster Linie muß darauf hingewiesen werden, daß alle künstlerischen und technischen Leistungen nur dem außerordentlich gut geschulten, fleißigen und gewissenhaften Personal zu danken sind. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Die Produktion selbst ist bisher nur für einige Schichten der Bevölkerung bestimmt gewesen. Es muß jetzt künstlerische und technisch hervorragende Gebrauchsware und Massenware hergestellt werden. Keinesfalls soll dies das künstlerische Niveau drücken. Die Experimente mit dem Material müssen unterbunden werden, ohne etwa das Suchen neuer Formen zu unterdrücken. **Auf dem Gebiete des Kunstgewerbes für den Massenkonsum** könnte die Porzellanmanufaktur ebenfalls hervorragendes leisten. Eventuell soll auch Industrieporzellan hergestellt werden, die Widerstände der Privatunternehmer dürfen daran nicht hindern. Die Arbeitszeit ist heute durch den schlechten Lohn „geregelt".

Weit über 8 Stunden muß gearbeitet werden, um nicht zu hungern.

Würde nun der Achtstundentag durchgeführt, so

müsse zugleich die Arbeiterschaft sofort den Kampf um eine Erhöhung der Löhne aufnehmen.

Die Spanne zwischen den einzelnen Löhnen ist außerordentlich groß. Geplant ist ein weiterer Abbau der Sozialeinrichtungen. Gutachten sind gegen Lohnerhöhung und Neueinstellungen mit Pensionsansprüchen ausgearbeitet worden, in denen Urlaubskürzungen vorgeschlagen werden. Ein Antrag der Aufwerter verlangt in einer außerordentlich unklaren Form „wirtschaftliche Betriebführung". Wahrscheinlich soll damit gesagt werden, der Hungerriemen der Arbeiter müsse fester geschnallt werden. Wir wenden uns gegen alle diese Bestrebungen. Der Zusammenbruch der Pensionskasse resultiert aus der Erschöpfung der Mittel des Wohlfahrtsfonds, der bisher diese Mittel aufgebracht hat. Die Denkschrift der Regierung zu dieser Frage, die die Finanzierung der Pensionskasse ablehnt, zeigt deren ganzen unsozialen Charakter. **Die Kasse ist durch Inflation und Zwangspensionierung ruiniert worden, und die Regierung ist deshalb verpflichtet, die Opfer der Inflation und Rationalisierung zu entschädigen.** Die Ausrede mit der Reichsregelung kann nicht gelten, da es sich hier lediglich um mehr als unsichere Pläne des Reiches handelt. Wir sind der Meinung, daß nur eine entsprechende Erhöhung der Invalidenrente eine gute Regelung im Reichsmaßstabe verspricht. Die Regierung will nur eine „Zwischenregelung", deren Kosten außerdem der Betrieb selbst zahlen soll und die Renten (für die durchschnittlich 40 Jahre Beiträge gezahlt werden) gekürzt werden. Pensionäre, **die** heute 74,40 RM monatlich erhalten, **würden** danach 37 RM. erhalten (!). Weibliche Arbeiterinnen, die 40 Jahre im Betrieb gearbeitet haben und die heute 48,30 RM. erhalten, würden nach der neuen Regelung ganze 12,20 RM. erhalten. Der Direktor Pfeifer hat 1923 grundsätzlich zur Sozialpolitik erklärt, daß die Enteignung der Wehrlosesten, der Invaliden und Ruheständler, entweder Torheit oder Verrücktheit sei. Der Direktor erklärte damals weiter, daß ein Mensch, der sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, auch Anspruch auf einen gesicherten Lebensabend hat. Der Direktor scheint aber diesen Standpunkt der Regierung gegenüber nicht zu vertreten. Die Belegschaft wehrt sich gegen alle diese Verschlechterungen ihrer Lage und fordert nur ihr wohlerworbenes Recht. Wir wollen diesen Forderungen der Belegschaft Rechnung tragen und wollen verhindern, daß der Staatsbetrieb den Privatunternehmern das Stichwort zum Abbau der Sozialeinrichtungen geben kann. Wer nur einen Funken von sozialem Empfinden noch besitzt, muß unseren Anträgen zustimmen. **Die Belegschaft aber muß erkennen, daß sie ihren Existenzkampf als Klassenkampf in den Reihen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft führen muß!** (Bravo! bei den Komm.)

Finanzminister Weber versucht vergeblich durch eine nochmalige Beteuerung die Ausführungen Böttchers abzuschwächen. Nach langer Debatte wird in der Abstimmung der deutschnationale Minderheitsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt. **Alle Ausschußanträge werden mit großer Mehrheit angenommen.** Die Bürgerlichen stimmen völlig durcheinander. Die Wirtschaftspartei stimmt gegen alle Mehrheitsanträge. Der Achtstundentagantrag wird gegen Deutschnationale, Wirtschafter, Aufwerter, Demokraten und Volksparteiler angenommen. Das Kapitel wird genehmigt.

Zum Etatkapitel „Hütten- und Blaufarbenwerke" hatte die kommunistische Fraktion beantragt, die Regierung zu beauftragen, eine Million RM. bereitzustellen, um für die Staatlichen Hüttenwerke bei Freiberg eine eigene Erzbasis zu schaffen. (Der Halsbrücker Spat gäbe eine solche Basis ab.) Weiterhin soll die Grubenfeldersteuer in der Weise umgeändert werden, daß der Ertrag der Gruben besteuert wird. Ferner soll die veraltete, den Erzbergbau einengende und belastende Einrichtung der „Revierausschüsse" beseitigt und die Berggesetz-Paragraphen „Betriebszwang" und „Entziehung des Bergwerkrechtes" gegenüber ungeeigneten privaten Erzbergbauunternehmern oder Beliehenen angeordnet und in dazu geeigneten Fällen Grubenbesitz nach erfolgter Entziehung in Staatsbesitz übernommen und fortgeführt werden.

Genosse Lieberasch

begründet diese Minderheitsanträge und beleuchtet die Arbeitsverhältnisse in den Werken, insbesondere die der Betriebskrankenkasse in Oberschlema, die unter dem Diktat eines Regierungssekretärs keineswegs den Interessen der Arbeiter dienen. In einem Entschließungsantrag zu dem Kapitel wird deshalb von der kommunistischen Fraktion gefordert, daß die Betriebskrankenkasse den Anteil erhöht auf 75 Prozent des Grundlohnes und die Familienhilfe ausgebaut wird. Der Regierungssekretär soll abgesetzt werden. Genosse Lieberasch betont, daß die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber den positiven Vorschlägen zum Ausbau der staatlichen Erzgewinnung resultiert aus dem Einfluß der privaten Unternehmer auf die Regierung, die unter allen Umständen die hohen Profite der Erzgewinnung selbst einstreichen wollen. Die staatliche Bergakademie in Freiberg schreibt über alles andere, aber bemüht sich nicht im geringsten um die Erforschung des Erzvorkommens in Sachsen. Diese scheinbare Teilnahmlosigkeit liegt in derselben Linie. Dabei ist klar, daß die Aufnahme der Arbeiten 2000 Bergarbeitern sofort Beschäftigung geben könnte, das aber will die Regierung nicht, weil die Bergherren das nicht wollen. Das bezeichnendste ist, daß die Sozialdemokraten sich hinter die Regierung stellen mit der Begründung, der Erzbergbau sei „unrentabel" und wo kein „Profit" sei, da „rauche kein Schornstein". Diese Auffassung bekämpfen die Kommunisten auf das energischste.

Die Sozialdemokraten lehnen bei der Abstimmung mit dem gesamten Bürgerblock die kommunistischen Anträge ab. Graupe begründet das im Falle der Betriebskrankenkasse damit, daß dies lediglich dem Krankenkassenvorstande vorbehalten bleiben soll, im anderen Falle mit der kapitalistischen Phrase der „Unrentabilität". Das Kapitel „Münze" wird genehmigt.

Der Etat der sächsischen Polizei

wird nunmehr behandelt. Zuerst erstattet Liebmann den Ausschußbericht, aus dem hervorgeht, daß sämtliche kommunistische und sozialdemokratische Anträge abgelehnt, dazu sind als Minderheitsanträge aufrecht erhalten worden. Angenommen war jedoch ein Antrag der Kommunisten, die Wohnungsabzüge der kasernierten Polizei aufzuheben. Nach der Berichterstattung wird vor der Debatte zunächst in zweiter Beratung über einen sozialdemokratischen Antrag über das Polizeibeamtenrecht berichtet, dessen Annahme der Ausschuß empfiehlt. Darauf folgt eine deutschnationale Anfrage, was die Regierung getan hat, um den Zuzug „fremdstämmiger Ausländer" zu verhindern.

Darauf werden drei kommunistische Anträge in erster Beratung begründet. Der erste fordert die Aufhebung der Verordnung des Innenministeriums, die die Ueberwachung von Versammlungen betrifft; der zweite wendet sich gegen die Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes. In der Begründung wird betont, daß die Reichsregierung die Einbringung eines Vereins- und Versammlungsgesetzes plant, dessen Durchführung einen Zustand herbeiführen muß, der schlimmer wäre als unter monarchistischem Regime. Danach wird die Entscheidung darüber, ob die Ausführungen von Rednern gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen, Polizeibeamten übertragen, die mit der besonderen Ueberwachung der Verhandlungen beauftragt werden. Das macht den Schutzmann zum allmächtigen Zensor. Gegen diese reaktionäre Maßnahme fordert die kommunistische Fraktion, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß jede weitere Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes unterbleibt und daß statt dessen die jetzt durch Verordnung der Landesregierungen durchgeführte Beschränkung der Versammlungsfreiheit aufgehoben wird. Weiterhin soll die Regierung ihren Vertreter im Reichsrat anweisen, ganz entschieden Stellung gegen jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes zu nehmen. Im dritten Antrag, der solange verschleppt worden ist, bis er jetzt überholt ist, wird die Aufhebung des seinerzeit ausgesprochenen Verbotes von Umzügen und Versammlungen des Roten Frontkämpferbundes in Leipzig gefordert. Dies ist mittlerweile bereits geschehen.

Genosse Siewert, der die kommunistischen Anträge begründet, geißelt die schamlose Hetze gegen den RFB., die gerade die Kreise treiben, auf deren Konto die feigen und meuchlerischen Ueberfälle auf Arbeiter zu buchen sind. Die kommunistische Fraktion hat deshalb noch einen weiteren Antrag eingebracht, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, nachdem alle bürgerlichen Kleinkaliber-Schützenorganisationen verboten, aufgelöst und entwaffnet werden und ebenso die Auflösung aller faschistischen Organisationen durchgeführt und ihre Führer abgeurteilt werden sollen. Weiterhin soll bis zur Erledigung des Gesetzes durch den Landtag im Verordnungswege ein Verbot und die Auflösung der faschistischen Organisationen und Kleinkaliber-Schützenvereine durchgeführt werden.

Als „Gegenaktion" gegen diesen kommunistischen Vorstoß folgt eine volksparteiliche Anfrage, die die Regierung ermahnt, auf lügenhafte „kommunistische Ueberfälle" ein Auge zu haben. Herr Voigt phantasiert etwas von militärischer Ausbildung der Roten Frontkämpfer und Kommunisten in Moskau. Besonders jammert er über angebliche Verprügelungen faschistischer Burschen in Dresden. Das Gegenstück hierzu bilden die sozialdemokratische Anfrage wegen des feigen Ueberfalles einer ganzen Bande Hakenkreuzler auf einen Arbeiter in der Heidemühle bei Dresden, und eine weitere Anfrage, die wissen will, ob die Regierung gewillt sei, in Anbetracht der Entscheidung des Staatsgerichtshofes den Wikingbund auch für Sachsen zu verbieten.

Darauf beginnt die Debatte über den Polizeietat, in der Genosse Siewert die Stellungnahme der Kommunisten vertritt. Da die Abstimmung auf heute Mittwoch 15 Uhr vertagt ist, berichten wir morgen darüber. Die Sitzung wird nach Erledigung der Debatte gegen 22 Uhr geschlossen.

Die Kommunisten zur Böhlener Katastrophe

Antrag

Eingegangen am 28. Juni 1927

Am 24. Juni 1924 ist im **Staatsbetrieb Böhlen** bei Leipzig der 30 Meter hohe Damm der Spülkippe gebrochen. Die herausbrechenden Schlammassen haben die beiden Dörfer Lippendorf und Spahnsdorf unter einer meterhohen Schlammdecke begraben. Dabei ist ein zweijähriges Kind ertrunken. Beide Dörfer sind für unabsehbare Zeit unbewohnbar. Der Tagebau des Kraftwerkes ist ersoffen, es bedarf umfangreicher Arbeiten, um diese Schäden zu beseitigen und das Werk wieder in Betrieb zu setzen. Schuld an dem Dammbruch ist nach allen bisherigen Meldungen die Leitung des Werkes, die im Auftrage der Dresdner Generaldirektion der ASW eine unverantwortliche Sparpolitik betrieben und die einfachsten Sicherungs- und Ueberwachungsmaßnahmen zur Führung eines ordnungsmäßigen Betriebes unterlassen hat.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

die Regierung zu beauftragen:

1. sofort eine eingehende Untersuchung der Ursachen und der durch das Unglück entstandenen Schäden durchzuführen;
2. die Schuldigen sofort zu verhaften und ihr Vermögen als Ersatz für den entstandenen Schaden beschlagnahmen zu lassen;
3. den Bewohnern der beiden Dörfer den ihnen entstandenen Schaden in voller Höhe zu erstatten;
4. die ASW anzuweisen, sofort für alle Bewohner der beiden Dörfer ausreichenden Wohnraum, aber nicht als Notwohnung oder Notunterkunft zur Verfügung zu stellen;
5. die ASW anzuweisen, sofort genügend Arbeiter einzustellen, um die Aufräumungsarbeiten in den Dörfern sowie der Grube in kurzer Zeit durchzuführen. Diesen Arbeitern ist genügend Schutz und Arbeitskleidung sowie eine diesen Arbeiten entsprechend höhere Bezahlung zu gewähren.

Dresden, am 28. Juni 1927.

Böttcher
und die übrigen Mitglieder der kommunist. Landtagsfraktion.

Reichsbund-Kreistag in Freiberg

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten Kreis Dresden hielt am 26. Juni seinen 12. Kreistag in Freiberg ab, der von 86 Delegierten, sowie 17 Kreis- und Gauvertretern, darunter je einem Vertreter der Kreise Leipzig und Chemnitz, besucht war. Als Behörden-Vertreter waren erschienen Kreishauptmann Buck, ein Vertreter für die Versorgungsämter Meißen und Dresden, ein Vertreter des Versorgungsgerichts Dresden, ein Vertreter der Kreisstelle für Schwerbeschädigte und der Vertreter des Bezirksfürsorgeverbandes der Amtshauptmannschaft. Entschuldigt hatten sich eine ganze Reihe, darunter auch der Rat der Stadt Freiberg. Letzterer hatte es nicht für notwendig erachtet, obwohl die Tagung in seinem Bereich stattfand.

Der Kreistag selbst wurde vom Kreisvorsitzenden eröffnet. Den Geschäftsbericht erstattete Krumm-Dresden. Dem Bericht war zu entnehmen, daß dem Reichsbund im Kreis Dresden (Bereich der Kreishauptmannschaft Dresden) 65 Ortsgruppen mit 10 221 Mitgliedern angehören, die sich zusammensetzen aus 5331 Kriegsbeschädigten, 4657 Hinterbliebenen und 235 Kriegsteilnehmern. Letztere sind abgefundene Kriegsbeschädigte, die trotz ihrer Abfindung ihre Mitgliedschaft weiter aufrechterhalten. Die Mitgliederzunahme seit dem letzten Kreistag betrug 1000. Dem Geschäftsbericht war sodann weiter zu entnehmen, daß die Redensart von 1914: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!" praktisch schon lange als bloße Redensart festgestellt sei. Während z. B. im kaiserlichen Deutschland die Regelung von Versorgungsansprüchen zirka drei Monate gedauert habe, würden jetzt hierzu 15 bis 18 Monate benötigt. Im Reichsmaßstabe seien im Rechnungsjahr 1926 rund 100 Millionen an Versorgungsgebührnissen eingespart worden, die im Etat 1927 überhaupt nicht wieder eingestellt worden seien. Redner schildert weiter die Praxis des Reichsrechnungshofes, der scheinbar all seine Zeit auf die Nachprüfung von Beschädigten- und Hinterbliebenenrenten verwende, während von einer derartigen Nachprüfung beim Reichswehretat und den Offizierspensionen nichts zu spüren sei. Redner betont, daß sicherlich die letzteren Gebiete ein weit größeres Gebiet für Ersparnisse darstellen, als die Versorgung der Opfer des Weltkrieges. Uebergehend zu der sehr im Schwunge befindlichen „Nachuntersuchung" der Kriegsopfer stellt der Redner fest, daß es jetzt fast zur Norm geworden sei, daß die Herren Nachgutachter speziell bei Nervenleidenden Weiterbestehen von Versorgungsberechtigung verneinen.

Den Kassenbericht erstattete Ritzsche-Radebeul, dem zu entnehmen war, daß Reichtümer in der Kreiskasse nicht vorhanden waren.

Zur Diskussion über den Geschäftsbericht sprachen Schuberi-Dresden, Dörschel-Dresden, Gericke-Dresden, Frau Böhme-Dresden, Kluge-Lausa und Fischer-Heidenau, die jedoch mehr oder weniger Sonderfälle von rigoroser Behandlung Beschädigter schilderten und damit gewissermaßen den Bericht ergänzten.

Im Schlußwort streifte Krumm noch die in der Diskussion geforderte Frage der Heilbehandlung versorgungsberechtigter Hinterbliebener und stellte dabei fest, daß die Amtshauptmannschaft Großenhain sich zu dieser Frage völlig weltfremd einstelle, daß sie die in dieser Frage gefaßten Reichstagsbeschlüsse völlig ignoriere, während sonst im übrigen Bezirk die Frage größtenteils im Sinne der diesbezüglichen Beschlüsse geregelt sei und Heilbehandlung gewährt würde. Nach einer Erklärung des Vertreters der Kreisstelle für Schwerbeschädigte (der versuchte, die vom Delegierten Schubert geübte Kritik bez. Tagung des Beschwerdeausschusses abzuschwächen) wurde die Verhandlung auf eine Stunde vertagt.

Fortsetzung der Nachmittagsverhandlung in der nächsten Nummer.

Dresden

29. Juni 1927: Sowjet-Erst Führer des Kampfbundes gegen Frankreich, und 41 seiner Anhänger in Oppeln hingerichtet. — 1924: Hungerstreiks in Mörz und Oldenburg. — Demonstrationen und Kämpfe in Hamburg und Würzburg.

Dem Ziele treu

(Clara Zetkin zum 70. Geburtstag.)

In den dumpfen Baß der Feldgeschütze,
In die Peitschenhiebe der Gewehre
Klang dein Ruf: dem Ziele treu!
Unsere Tat sei Revolution!
Aus dem Heer der Kampfgefährten
Standen tausend, mehr als tausend,
In des Feindes Reihen, auf der anderen Seite
Jener Front, die jedes Vaterland
— Vaterland der Reichen und der Prasser —
In zwei Teile schnitt.
Bald umschlossen dich die Kerkermauern.
Clara Zetkin, Liebknecht, Luxemburg —
Eure Namen wurden Kampfsignal,
Eure Worte feurige Standarten,
Die das blutende Europa überstrahlten
Spartakus stand auf, die Sklaven zu befreien.

Fern im Osten stieg ein neuer Tag,
Neue Menschheit aus dem Meer der Tränen.
Eine Kette riß. Rüttelt, Kameraden, brecht die anderen!
Ueber Deutschland weht die rote Fahne,
Durch die Straßen strömt das Heer der Armen,
In den Straßen knattern die Gewehre,
Spartakus, gefesselt und gejagt,
Spartakus liegt blutend in der Gosse,
Und der Schrecken feiert das Totenlinnen.
Mehring, Luxemburg und Liebknecht!
Spartakus liegt auf der Bahre,
Wird gehetzt, geschunden, eingekerkert.

Doch die Trauer für die Toten ist Verpflichtung für die Tat
Langsam sammeln sich die Kameraden,
Finden sich Zersprengte neu zusammen.
Auf den Zinnen der Partei
Weht die rote Fahne der Gefallenen,
Kündet Siegesmut der Lebenden
Von der Schlacht, die dennoch wird geschlagen,
Von dem Kampf, der dennoch durchgestritten,
Von dem Siege, der erfochten wird.
Clara Zetkin in der ersten Reihe.
Ueber Meer und Europa, auf dem Erdball klingt die alte Losung:
Dem Ziele treu! Unsere Tat sei Revolution!

Karl Glas.

Die Werbewoche des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Ig. Der ATuSB., die größte Organisation des Arbeitersportes, veranstaltet in diesem Jahre zum ersten Male eine sogenannte Werbewoche, um für seine Bestrebungen in der breiten Oeffentlichkeit zu demonstrieren. Im Anschluß an den Reichsarbeitersporttag, der auf den 26. Juni fiel, werden die Mitglieder in allen Gauen Deutschlands bestrebt sein, durch passende Veranstaltungen (Turn- und Sportfeste, Sternläufe, Spiele, Wassersport usw.) den Fernstehenden, besonders ihren Klassengenossen, einmal den Wert der Leibesübungen zu beweisen und zum andern das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer selbst im ATuSB zu demonstrieren. Junge und alte Turner, Turnerinnen, Leichtathleten, Fußballer, Turnspieler, Schwimmer und Schwimmerinnen, sie alle wollen zeigen, was ihnen der Bund wert ist und was er zur Förderung der Volksgesundheit leistet. Die höchste Tat ist die im vorigen Jahre erfolgte Schaffung der Bundesschule in Leipzig. Sie ist die Hochschule des Arbeitersportes! In ihr erfolgte kostenlose Ausbildung der Funktionäre und Techniker für sämtliche Vereine, die dann das Gelernte in der Praxis für die Mitglieder verwerten. — Aus eigener Kraft ist der Bund das geworden, was er ist, nämlich **eine Organisation, die ernste Kulturarbeit leistet für das schaffende Volk!** Möge jeder werktätige Mensch, der Leibesübungen betreibt oder der es noch tun will, sich besinnen, wohin er gehört! Bei seinesgleichen findet er mehr Freude am Turnen, Sport und Spiel, als bei denen, die ihn im täglichen Leben ausbeuten oder sonst kaum beachten, wenn er für sie nicht eine „Kanone" ist, die nach Abnutzung zum alten Eisen fliegt.

Darum erschalle weithin der Mahnruf:
Hinein in den Arbeiter-Turn- und Sportbund!

(DASZ)

Mietzinssteuer für Juli 1927. Der Rat teilt mit: Die Mietzinssteuer für Juli 1927 ist vom Hauseigentümer in Höhe von 45 v. H. der monatlichen Friedensmiete an die für das Grundstück zuständige städtische Steuerstelle bis zum 5. Juli 1927 abzuführen. Das Mahnverfahren wird nach dem Fälligkeitstage (5. Juli 1927) eingeleitet. Der Mieter hat den auf seine Räume entfallenden anteiligen Steuerbetrag und außerdem die Miete auf Juli 1927 in Höhe von 65 v. H. der Friedensmiete, insgesamt also 110 Prozent der monatlichen Friedensmiete, an den Vermieter so rechtzeitig zu zahlen, daß dieser in der Lage ist, den obigen Termin einzuhalten. Erfolgt Zahlung der Mietzinssteuer erst nach dem 5. Juli 1927, so sind außer der Steuerschuld auf die Zeit der Säumnis Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich zu entrichten. Dieser Nachteil trifft auch diejenigen Mieter, die schuldhaft den auf sie entfallenden Teil der Mietzinssteuer nicht so rechtzeitig an den Grundstückseigentümer zahlen, daß dieser ihn spätestens am Fälligkeitstage — 5. Juli 1927 — an die Steuerstellen abführen kann.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Kinder treffen ein: aus Lenggries am 1. Juli, 23,50 Uhr, aus Grünheide am 30. Juni 11.12 Uhr. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zur genannten Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

350 Jahre Dresdner Vogelwiese

Trotz des heute veränderten Charakters der Schützengilden hat sich ihr „Vogelschießen" als eine Art Volksfest erhalten. Ursprünglich waren es Freunde der Jagd, die sich um 1450 in Dresden zur Schützengilde zusammenschlossen. Nach und nach entwickelte sich deren Armbrustschießen zu großen Festen und schließlich zu Messen mit Belustigungsveranstaltungen, die sich in der breiten Masse der Bevölkerung verankert hatten. 1577 wurde das erstemal zu Pfingsten das Schießen auf den Elbwiesen veranstaltet, während es vorher beim alten Zwinger abgehalten worden war. Diese Vogelschießen, die damals eine Art Frühlingsfeier darstellten, hatten nämlich allmählich solche Massen herangelockt, daß der bisher benutzte Raum bei weitem nicht mehr ausreichte, um dem herbeiströmenden Volke Bewegungsmöglichkeit zu geben. Und die sollte es erhalten. War doch dieses Fest eines der wenigen Veranstaltungen, bei denen das „niedere Volk" ganz nach dem recht alten Grundsatz:

„Wenn schon kein Brot, dann wenigstens Spiele..."

durch Adel und Bürger das „Austoben" gestattet erhielt. Natürlich bildete zuerst der Schützenaufzug und das Schießen die Hauptsache, und am Schluß des Zuges marschierten etliche lustige Gruppen, die dann aber auf dem Festplatz selbst wohl bald die erste Stelle einnahmen. Mannigfach sind die Schilderungen über diese Volksfeste des Mittelalters. Würfel und Trank zerrissen das Volk auf sich völlig den Wogen des „Vergnügens" anzuvertrauen. Recht derbe Belustigungen wechselten mit Geschicklichkeitsprüfungen, Wettlauf, Tanz und Possenreißen ab, und schließlich endete nach zwei Tagen alles mit einem riesigen Gelage, das manchem den Hals kostete, weil blutige Schlägereien an der Tagesordnung waren. Der Charakter der Vogelwiese ist diese 350 Jahre hindurch erhalten geblieben. „Das niedere Volk" soll sich einmal „austoben" können. Aber die Entwicklung nach dem Kriege hat auch diesem traditionellen Dresdner Volksfest ihren Stempel aufgedrückt.

Die Vogelwiese soll den Arbeiter ablenken von seinem täglichen Kampf — er soll, und sei es nur für Stunden oder Tage, vergessen. Durch die Zuspitzung der Klassengegensätze muß die Vogelwiese, die ursprünglich aus ganz natürlichen Bedürfnissen aus der damaligen Entwicklung heraus entstanden, immer mehr und mehr ein gefährliches Gepräge erhalten. Mehr und mehr beginnt unter dem Einfluß der proletarischen Klassenorganisationen bis der breiten Massen klar zu werden und findet in der Absonderung durch würdige proletarische Veranstaltungen wie Sonnenwendfeiern „Fest der Arbeit" usw. seinen Ausdruck. Aber auch die schwererarbeiteten Pfennige der seiner Klassenlage noch nicht vollbewußten arbeitenden Massen schlüpfen nicht mehr leicht aus der Tasche. Die Verpachtung an die Aktionäre läßt diese unter der Last der Kosten leiden. Von Jahr zu Jahr fühlt man auch in diesen Kreisen mehr und mehr das Krampfhafte an diesen „Belustigungen".

Viel Lärm täuscht Fröhlichkeit, viel bunter Flitter Reichtum an Darbietungen vor.

Und das „Volk" beginnt sorgsam abzuwägen beim Gang durch die Straßen der Vogelwiesenstadt, die heute noch im Bau begriffen sind. Das schlechte Wetter bedrückt schon die Veranstalter und Aussteller. Und die Arbeiterfamilien, die nicht einmal ein paar Mark vom Wochenlohn für diese Vergnügungen zurücklegen können, weil sie für das Nötigste zum Leben trotz schwerster Arbeit nicht genugend erarbeiten können, und 19 000 Erwerbslose in Dresden sind ebenfalls weggestrichen aus dem Kreis derer, die etwas „springen lassen können". Trübe wie das Wetter der letzten Tage sind auch dieses Jahr die Aussichten der Vogelwiese. Gewiß, viele Jugendliche aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung werden, unbekümmert um Wetter und Geldmangel, die Gassen der Vogelwiese bevölkern. Sie sind ja so genügsam geworden. Wissen sie denn von den wirklichen Freuden und Genüssen einer Jugend? Moloch Kapital und die Krallen der Sehr Sozialreaktion erstickten wahre Freude — Talmi, Flitter blendet Augen und Hirn. Aber die Selbstbesinnung muß kommen — ob die Tradition der Vogelwiese dann weggelöscht ist, ob sie in neuem, wirklich volkstümlichem Gewande aufersteht, ob einmal an die Stelle der grün-weißen Reihe der Schützengilden ein rotes Heer der arbeitenden Jugend und ihrer Pioniere treten wird? Die Antwort auf diese Frage werden hoffentlich unsere Kinder in die Annalen der Geschichte der Vogelwiese, einem Stück der Dresdner Geschichte, einfügen...

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Dresden soll neu aufgelegt werden. Aenderungen in den Eintragungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens bis zum 10. Juli der zuständigen Vermittlungsanstalt schriftlich und portofrei mitgeteilt sind.

Freigegeben. Der seit dem 6. April 1927 wegen Einbauen der Straßenbahngleise gesperrte Teil der Bernhardstraße zwischen Leibnitz- und Schnorrer Straße ist für den Verkehr wieder freigegeben.

Die seit dem 20. Dezember 1926 gesperrte Gerokstraße ist für den Verkehr wieder freigegeben worden.

Verzeichnis der Gegenstände, die in den Markthallen zum Verkauf gebracht werden dürfen. 1. Lebensmittel aller Art. 2. Lebendes Geflügel, lebende Kaninchen, Fische, Krebse. 3. Genußmittel mit Ausschluß der geistigen Getränke und der Tabakwaren. 4. Blumen und Blumenbindereien (auch künstliche), Einsatzartikel, Pflanzen, Sämereien, Futter- und Düngemittel. 5. Kochwein (nicht zum Genuß auf der Stelle). 6. Fruchtweine (unvergorene Fruchtsäfte). 7. Torfwaren und gewöhnliche Steinzeugwaren (Porzellanwaren ausgeschlossen). 8. Ton-, Schneiderei, Scheuertücher, Stroh- und Kokosdecken, Kutenbesen. 9. Grobe Geräte aus Holz, Schilf, Weiden, Bast und dergleichen. 10. Drahtwaren und Siebwaren. Das vorstehende Warenverzeichnis tritt am 1. Juli 1927 in Kraft.

„Freunde der freien Schule", 53. und 21. Volksschule. Mittwoch den 29. Juni, punkt 20 Uhr im Restaurant Union Hutten-straße: Vereinsversammlung. Bericht von der Elternratswahl und vom Elternrat, und Vortrag: Oberlehrer Humer. (Herr Lehrer Schille.)

Die „A-I-Z" heute neu!

Aus Ostsachsen

Ablehnung der Biersteuer in Dohna.

Nachdem auf dem Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Pirna die Erhebung einer Biersteuer zweimal abgelehnt worden war, sollte in außerordentlicher Sitzung am 23. Juni in Dohna Beschluß gefaßt werden, die Biersteuer im Orte einzuführen. Der Stadtverordnetenvorsteher gab zunächst ein Bild über die Verhandlung dieses Punktes auf dem Bezirkstag (er ist Mitglied des Bezirkstages) und erklärte, daß dort die sozialdemokratische Fraktion diese Steuer abgelehnt habe, er könne aber nicht einsehen, daß man durch Nichterheben der Steuer den Brauereien und Gastwirten ein Geschenk mache. Die bürgerliche Fraktion erklärte durch Stadtrat Strech, daß sie die Steuer ablehne. Nach dieser Erklärung große Erregung, da gerade der Sprecher ebenfalls Mitglied des Bezirkstags ist und dort für die Steuer gestimmt hat. Der Vorsteher warf den Bürgerlichen Inkonsequenz vor, was bei den Herrschaften Empörung hervorrief. Nun kam der Herr Stadtverordnete Maschke; er gab seiner Wut, daß die Bürgerlichen abgelehnt hatten, dadurch Ausdruck, indem er aufsprang, den vor ihm liegenden Aschebecher in die Hand nahm, denselben auf den Tisch warf, so daß er in Stücke sprang und im selben Augenblick ausrief: **„Nu Gottverdammich, nun hör' aber uff** (den Stadtverordneten Büttner-Schneider meinend), **wir ham uns doch immer so gut vertr...** Hier war ihm auf einmal die Luft ausgegangen, oder bereute er schon seine begangene Heldentat? Er wollte wahrscheinlich sagen „so gut vertragen". Wir bemerken dies nur deshalb, weil gerade von sozialdemokratischer Seite immer der „gute Ton der Kinderstube" im Parlament so außerordentlich gepriesen wird. Stadtverordneter Büttner-Schneider beantragte, das Protokoll der Verwaltungsausschußsitzung zu verlesen, um zu ersehen, wie dieser Ausschuß die Steuer behandelt hat. Genosse Kölzel protestierte gegen diesen Antrag, man brauche den Beschluß des Ausschusses nicht, weil dieser gar keinen Einfluß auf unsere Stellungnahme haben kann. Wir haben schon des öfteren erklärt, daß die Fraktion maßgebend ist und nicht die beiden Genossen im Ausschuß. Das Protokoll wurde verlesen und unserer Meinung nach die Schweigepflicht verletzt, da alle Einzelheiten und Namen mit genannt wurden. Uns ist es recht; wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß es keine Heimlichkeiten zwischen Stadtvertretung und Einwohnerschaft geben darf, weil ja letztere die Träger des Ganzen sind. Für die kommunistische Fraktion gab Genosse Körner die Erklärung der Ablehnung ab. Er führte aus, wir sind grundsätzlich Gegner von indirekten Steuern, weil diese immer getragen werden von der werktätigen Bevölkerung, die an sich schon den größten Teil der Steuern aufzubringen hat. Das Reich schenkt der Großindustrie Millionen von Steuern, so daß wir es nicht verantworten können, dieser Steuer zuzustimmen. Die Sozialdemokraten plädierten für die Steuer und stimmten auch dafür. Nach sehr erregter Aussprache wurde die Erhebung der Biersteuer abgelehnt. Einige Straßenerneuerungsarbeiten wurden dann noch erledigt. Bedauerlich war es nur, daß außer den Dohnaer Gastwirten keine Zuhörer weiter anwesend waren. Der Arbeiterschaft empfehlen wir, sich mehr für die Stadtverordnetensitzungen zu interessieren.

Freidenker, Ortsgruppe Tharandt. Mittwoch den 29. Juni, abends 8 Uhr findet im Schützenhaus eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht von der Bezirkskonferenz und Allgemeines. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen, auch derjenigen, die noch niemals in einer Mitgliederversammlung waren. Gäste und alle aus der Kirche Ausgetretenen, die Mitglied unserer Ortsgruppe werden wollen, sind herzlich willkommen.

Radeberg. (Brennholzabgabe.) Der Rat gibt einen Posten Brennholz, Gestänge, das sind schmale Rollen, zum Preise von 7,25 RM für den Raummeter frei Haus an Minderbemittelte ab. Bestellungen werden im Stadthauamt, Markt 1, 2. Obergeschoß, unter gleichzeitiger Bezahlung entgegengenommen.

Brand-Erbisdorf. (Aus der Lehrlingsabteilung der Elitewerke.) Uns wird geschrieben: Die Behandlung der Lehrlinge durch den Vorarbeiter Willy Grimmer verdienen einmal der Oeffentlichkeit vor Augen geführt zu werden. Ohne jeden Grund wurde der Lehrling W... von ihm geohrfeigt und außerdem noch zu 1 Stunde Strafarbeit ohne Bezahlung angehalten. Von dem Vater des Lehrlings nach dem Grund befragt, gab Herr Grimmer zur Antwort: Er hätte gerade einmal schlechte Laune gehabt; die Strafstunde wolle er zurückziehen. — Ein Beweis, daß er den Lehrling ohne Grund geschlagen hat. Den Lehrlingen und Jungarbeitern der Elitewerke rufen wir zu: Hinein in den Kommunistischen Jugendverband und in die freie Gewerkschaft; diese Organisationen vertreten eure Interessen im Kampf um menschenwürdige Behandlung gegen das Industriekapital und seine Lakaien.

Rundfunk

Donnerstag den 30. Juni:

16.30—18 Uhr: Nachmittagskonzert.
18.05—18.15 Uhr: Steuerrundfunk.
18.15—18.25 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
18.25 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
19.30 Uhr: Die Zauberflöte. Oper in zwei Akten [illegible] von Schikaneder und Giesecke. Musik von Wolfgang Amadeus Mozart.
22.45 Uhr: Funkpranger.
23 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
Funkstille.

Wetterdienst vom 29. und 30. Juni. Warm, heiter bis wolkig, örtliche leichte Gewittererscheinungen nicht ausgeschlossen. Schwache Luftbewegung östlicher bis südlicher Richtungen.

Clara-Zetkin-Tag

Frauen-Kundgebungen

unter künstlerischer Mitwirkung der
„Roten Truppe" Strzelewicz

Sonntag den 3. Juli, in Pirna, „Volkshaus"
Montag den 4. Juli, in Heidenau, „Schützenhaus"
Dienstag den 5. Juli, in Dresden-A., „Kristallpalast"
Mittwoch 6. Juli, in Dresden-N., Watzkes Etablissement
Donnerstag 7. Juli, in Freital, „Goldener Löwe"

Beginn der Veranstaltungen 19,30 Uhr

Werktätige Frauen! Wollt ihr im Ringen um menschenwürdige Zustände abseits stehen? Denkt an die Zukunft eurer Kinder! Marschiert mit der roten Front! Kommt restlos zu diesen Veranstaltungen!

KPD / RFMB / RFB / KJ / IGB / RH

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiterschach

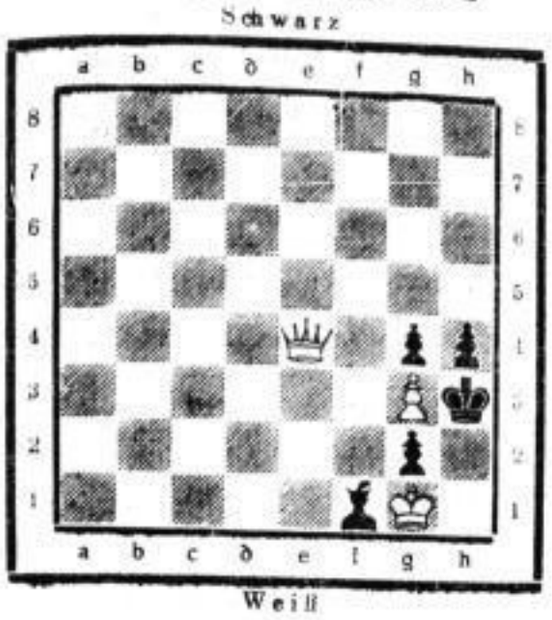
Bearbeitet vom Deutschen Arbeiter-Schachbund
Sitz Chemnitz, Zwickauer Str. 152 Volkshaus.

Dresden den 29. Juni 1927

Partie Nr. 7

G. Buchmann, Neukölln.
Arbeiter-Sportzeitung 1924 Nr. 4.

Schwarz



Weiß

Matt in 2 Zügen!

Lösung zur Aufgabe von Büchner in der vorletzten Nummer.

1 Sd6—e4! Kd5×e4; 2. Df2—f3#
Ld3×e4; 2. Df2—a2#
Sg3×e4; 2. Df2×f5#
f5×e4; 2. Df2—f7#
Lg5—d2; 2. Se4—f6#
beliebig 2. Se4—c3#

Diese Aufgabe zeigt ein vierfaches Springer-Opfer in einer sehr schönen Form. Die Abspiele sind sehr schön, es folgt bei allen Schlagzügen ein Damenmatt. Hervorzuheben ist noch der luftige Aufbau und das Haushalten mit dem Figurenmaterial.

Richtige Lösungen sandten ein: Aufgabe Nr. 6 K. Eidner, Freiberg i. Sa.

Schachnachrichten

Dresden. In dem Gesellschaftswettkampf Friedrichstadt—Stetzsch wurde ein Resultat von 5:3 erzielt. Friedrichstadt hat seinen Spielabend auf Donnerstag verlegt, Beginn 19,30 Uhr. Die Abteilung Cotta hat ihr Spiellokal gewechselt, selbiges befindet sich im Bahn- und Dampfschiffrestaurant Hamburger Straße, Nähe Schusterhaus. In der Woche vom 1. bis 7. Juli finden folgende Veranstaltungen statt: Abt. Altstadt, Wettinerhof, Wettiner-, Ecke Reinhardstraße, 6. Juli Vortrag Wehle: die Bauernendspiele. Abt. Friedrichstadt, Brandenburger Hof, Berliner Straße 26, 7. Juli Italienisch. Abt. Johannstadt, Lichthortheim, Hertelstraße 15, Hths., 5. Juli Bericht vom verflossenen Turnier. Abt. Kaitz, Ratskeller, 7. Juli Aljechinverteidigung. Abt. Kaditz, Ratskeller Altkrachau, 4. Juli Vortrag Roßberg Endspiele. Abt. Leuben, Jugendheim, Guerickestraße, 1. Juli Aufforderungssystem. Abt. Neustadt, Reichskrone, Bischofsweg, 7. Juli Partieglossierung. Abt. Striesen, Volkshaus, Schandauer Straße, 4. Juli Simultanspiel Krätzschmar. Bücher aus der Vereinsbibliothek können jeden Mittwoch im Wettinerhof entliehen werden. Gäste sind dazu willkommen.

Dresden. Das Befähigungsturnier beginnt mit der ersten Runde Sonntag den 10. Juli 8,30 Uhr im Café Schöne im Großen Garten. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Meldungen spätestens bis 1. Juli in den Händen der Spielleiter sein müssen, um eine Verzögerung zu vermeiden, eine starke Beteiligung wird von allen Abteilungen erwartet.

Kreiswettkämpfe. Im Kreismeisterturnier treten im Juli die Mannschaften zu ihren letzten Kämpfen an. Der bisherige Stand ist folgender: Dresden 19 Punkte, Leipzig 16 (2 Hängen), Crimmitschau-Gößnitz 8 (1 Hänge), Zittau 7½ (1 Hänge) und Spielg. Limbach 6½ Punkte. Am 3. Juli spielen im Wettinerhof, Wettiner-, Ecke Reinhardstraße, 9 Uhr Crimmitschau-Gößnitz—Dresden. Einzelmeister: Rößler, Neuebau—Munz, Aue. 14 Uhr Zittau—Crimmitschau-Gößnitz. Einzelmeister Munz, Aue—Ciesielski, Dresden. Am gleichen Tage spielt Leipzig in Limbach i. Sa.

Heidenau. Die Einweihung des Stadion in Heidenau findet nun am 17. Juli statt. Daselbst findet ein Propaganda-Schachwettkampf 7 Uhr des 4. Bezirks gegen Dresden im Alten Gasthof statt, 9 Uhr Spielgemeinschaftssitzung, 15 Uhr Aufführung einer lebenden Partie. Eine starke Beteiligung der Dresdener Schachgenossen wird erwartet. Abfahrt 17. Juli 6,17 Uhr ab Hauptbahnhof. Die Abteilungen werden gebeten, Schachmaterial mitzubringen. Parole: Auf, nach Heidenau.

Dresden-Heide. Am 10. Juli 14 Uhr Sitzung in Radeberg, Restaurant Zuchhold. Zum Wettkampfe treten folgende Mannschaften zusammen: 10. Juli 15 Uhr Radeberg—Ottendorf in Radeberg, Restaurant Zuchhold; 9 Uhr Lausa—Kamenz in Lausa, Zur grünen Aue.

Spielgemeinschaft Rabenau. Am 10 Juli 20,30 Uhr findet ein Wettkampf zwischen Coßmannsdorf—Rabenau im Restaurant zum Bad statt.

Vereinigung der Problemfreunde Dresden. Unser nächster Vortrag findet am 9. Juli im Volkshaus, Ritzenbergstraße, von Löbel, der Herlin, statt. Dazu sind Problemfreunde sowie Interessenten herzlichst willkommen.

Radfahrabteilung Dresden. Bundesvereine, die gegen die Radfahrabteilung Wettkämpfe austragen wollen, werden gebeten, sich mit der Hauptspielleitung Dresden in Verbindung zu setzen. Adresse: Otto Wyberal, Dresden-N., Oppellstraße 21.

Kamenz. Schachgenosse Martin Bochmann, Dresden, spielte anläßlich des Reichsarbeitersporttages am 19. Juni an 17 Brettern simultan, wo er 14 gewann, 3 verlor.

Alle Schachnachrichten und Lösungen sind zu richten an Max Gläßer, Dresden 16, Kreutzerstraße 17, part.

Arbeitersport

Alle Fußballer zum Kreisfest 1928 in Dresden

Das war der einmütig geäußerte Wunsch der am Sonnabend und Sonntag in Dresden zusammengekommenen Mitglieder des Kreisfußballausschusses bei einer Besichtigung des Kreisfestgeländes. Schon jetzt sollen sich alle Fußballspieler des 4. Kreises darauf einstellen, im kommenden Jahre an einem Massenaufmarsch der sächsischen Fußballspieler teilzunehmen. Ganz besonderem Interesse begegnete der vom Gen. Meißner, Leipzig, gegebene 2½stündige Bericht über die Rußlandfahrt der Sachsenmannschaft. Die Leiter der Fahrt brachten Spielabschlüsse mit, nach denen **im nächsten Jahre eine russische Mannschaft fünf Spiele in Sachsen austrägt**, die noch vor dem Kreisfest, in der ersten Hälfte des Juli, stattfinden sollen. — Die anderen Tagesordnungspunkte behandelten in umfangreicher Weise die Finanzlage, den Haushaltplan (eine Kopfsteuererhöhung wurde abgelehnt), die Eintragung der Sächs. Spielvereinigung ins Vereinsregister sowie Satzungsfragen. Auch für die zukünftige Agitation wurden Wege gezeigt. Den zum größten Teil noch immer aus Arbeitern bestehenden bürgerlichen Vereinen soll mehr als bisher klargemacht werden, daß sie in die Reihen der Arbeitersportler gehören. Des weiteren fanden technische Belange Erwähnung. Im allgemeinen nahm die Tagung einen fruchtbringenden Verlauf.

Die Gewerkschaftsjugend demonst

Die erste Demonstration der Dresdner Gewerkschaftsjugendmitglieder / Aufme nur mit roten Fahnen / Revolutionäre Kampflieder beherrschen die Demonstra

Jungarbeiter-Korrespondent R. H.

Am Sonnabend den 25. Juni hatte die Groß-Dresdner Freie Gewerkschaftsjugend zu einer Sonnenwendfeier „Verheißung des Lichts" nach dem Luftbad Hohen-Dölzschen aufgerufen. Dem Rufe waren zirka 1000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen gefolgt.

Der zentrale Sammelpunkt der Teilnehmer war der Schützenplatz, von da aus sollte demonstriert werden durch die Löbtauer und Tharandter Straße nach dem Luftbad Hohen-Dölzschen. Mit Spannung wurde das Eintreffen der einzelnen Bezirke auf dem Schützenplatz erwartet. Die KJV-Mitglieder der verschiedenen Gruppen, die sich an der Demonstration beteiligten, hatten es verstanden, eine gewisse Einheitlichkeit in das bunte Gemisch der Jugend zu bringen durch die roten Fahnen, durch ihre Transparente und durch ihre Kleidung. Die Stimmung der Demonstranten wurde dadurch gehoben. Interessant für uns ist, daß sich die SAJ Dresdens diesmal recht zahlreich beteiligte und auch verschiedene Gruppen in den Gruppen der FGJ mitmarschierten, z. B. Pieschen, die mit einer Teilnehmerzahl von zirka 60 Jugendlichen anmarschierten. Voran die Transparente:

Gegen das Arbeits„schutz"gesetz — Für wirklichen Jugendschutz.

Nachdem sich auf dem Schützenplatz der Zug formiert hatte, setzte er sich nach 8 Uhr in Bewegung. Wir hatten erwartet, daß die Gewerkschaftsjugendleitung von Dresden wenigstens für einige Transparente Sorge tragen wird, die im Zuge mitgeführt werden. Nicht einmal das war der Fall, sondern **alle Transparente wurden von der Kommunistischen Jugendorganisation gestellt**, die nicht einmal offiziell eingeladen war. Sie hielt es aber trotzdem für ihre Pflicht, ihre Mitgliedschaft zu dieser Sonnenwendfeier aufzubieten.

Die Demonstration war das Beste an der ganzen Sonnenwendfeier, weil sie von einem guten Kampfgeist getragen war. Der gemeinsame Aufmarsch der SAJ- und KJ-Mitglieder zeigte, daß die jugendlichen Arbeiter erkennen, daß sie den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich nur einig und geschlossen führen können. Trotzdem hielt es ein Jugendbeirat der FGJ Johannstadt für seine Pflicht, gegen das Transparent:

Gegen die kapitalistische Rationalisierung

Stellung zu nehmen. Er scheint jedenfalls die **Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung auf die arbeitende Jugend** nicht im geringsten zu kennen, **denn sonst würde er nicht gesagt haben, daß wir in dieser Frage „den Faschisten gleichen"**. Er scheint auch nicht zu wissen, welche Stellung die Faschisten zur Rationalisierung einnehmen. Gerade in deren Interesse liegt es doch, wenn die Arbeiterschaft mit Hilfe der kapitalistischen Rationalisierung mehr als je ausgebeutet, wenn die Arbeitsintensität gesteigert wird. Er hat damit bewiesen, daß er geblendet ist von dem „amerikanischen Paradies" und nicht erkennt, daß die deutsche Bourgeoisie diese Rationalisierung benutzt, um die Produktion im kapitalistischen Sinne auf Kosten der Arbeiter zu stabilisieren. Die erwachsene Arbeiterschaft sollte auf derartige „Jugendbeiräte" mehr achtgeben und es nicht zulassen, daß solche Kollegen für die Erziehung und Bevormundung der Gewerkschaftsjugendmitglieder bestimmt werden.

Die Jugendlichen selbst waren mit uns in dieser Frage einig und hatten nichts gegen diese Parole einzuwenden.

Ein Transparent wendete sich gegen die **Strafen und Mißhandlungen in den Fortbildungsschulen**, ein anderes

gegen den imperialistischen Krieg.

Die Musikgruppe der FGJ, die an der Spitze des Zuges marschierte, wirkte nicht genügend, da eben Streichmusik für einen Demonstrationszug ungeeignet ist. Hier wäre es bestimmt möglich gewesen, wenn die FGJ-Leitung dazu den Willen gehabt hätte, außer dieser Gruppe auch noch die Sportler oder den Roten Jungsturm mit dem Tambourkorps zu gewinnen. Das soll eine Lehre für die nächste Demonstration sein: sich nicht nur auf die eigenen Mittel zu beschränken, sondern dazu möglichst alle proletarischen Jugendorganisationen heranzuziehen. Wir nehmen an, daß die Sportler nicht eingeladen waren, denn sonst hätte es nicht passieren können, daß nur die

Schwimmerjugend als einzige Sportorganisation

im Zuge mitmarschierte.

Während es trotz der schlechten Organisierung von seiten der Leitung gelungen war, durch den Kampfwillen der Mitgliedschaft eine gute Demonstration zustande zu bringen, zeigte sich das Versagen der Leitung noch deutlicher bei der eigentlichen Feier, wo dies direkt katastrophal wirkte.

Auch eine Sonnenwendfeier kann zur Erziehung der proletarischen Jugend sehr viel beitr Programm ein dementsprechendes ist. Statt d das Programm folgendermaßen ab:

1. Sprechchor, 2. Feuerrede. Zu dieser ein Referent begann seine Feuerrede mit den Wor Sonne, zur Freiheit. Dann erzählte er, wie beim Feuer zusammenkamen, dort ihre Feste f gend und erwachsene Arbeiter gehören zusam meinsam den Kampf zum Siege des Proletariat „Schöngeistiges" — und zuletzt: in Gemeinsc kämpfen und arbeiten, bis wir „freie Menscher

Entweder er weiß es nicht oder er hat e den Jugendlichen zu erzählen, wie der Kamp der Arbeiterklasse und der arbeitenden Jugend soll, welche Aufgaben insbesondere in der jetz Freie Gewerkschaftsjugend im Kampf gegen d System übernehmen soll. Kein Wort von der Jungarbeiterschaft Deutschlands, von der ung tung und dem Kampf der Gewerkschaften dage über die Frage des Krieges, dessen Vorb 20 Jahren in der proletarischen Jugendbewegu aufgabe war. Kein Wort davon, daß die Jugen futter für den nächsten imperialistischen Krieg von alledem. Statt dessen nur inhaltleere „Gemeinschaft", die zu nichts verpflichten. **Wir freie Menschen sein können, wenn wir den Kapi haben**, wenn wir die materiellen Voraussetzun widlung einer proletarischen Kultur geschaffen desto energischer muß die arbeitende Jugend je griffe der Kapitalistenklasse auf allen Gebiete schaftlichem und kulturellem, kämpfen. Die in der Bürgerblockregierung durchgepeitschten Ge tung der Arbeiterklasse und ihrer Jugend: Sch gesetz, Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lust beitsschutzgesetz und das geplante Reichsschulg konkordat, **zwingen der arbeitenden Jugend d die kapitalistische Gesellschaftsordnung direkt a** schaften hätten die Aufgabe, zufolge ihrer Stell organisation des gesamten Proletariats **diesen Kampf zu mobilisieren.**

In diesem Sinne hätte eine Feuerrede b wendfeier den Kampfwillen der Jugendlichen festigt. So aber war die Feuerrede eindrucksl vorzogen, eher nach Hause zu gehen oder intere des Referenten zuzuhören.

Die Demonstration war gut — die Feier Feier nicht diese Mängel gezeigt hätte, wäre tung das Ziel erreicht worden: die Werbung Vertiefung des Kampfwillens der eigenen SAJ muß gesagt werden, daß sie nicht nur zu der FGJ kommen soll, sondern auch die politi den sonstigen Arbeiten der FGJ teilzunehmen bisher die FGJ als eine Konkurrenzorganisa sieht und sie deshalb sabotiert. Gemeinsam nistischen Jugend hat sie die Aufgabe, für Klassenpolitik der Gewerkschaften zu sorgen un unter den jugendlichen Arbeitern für den E werkschaften zu verstärken. Wir wissen, daß dies nicht tun wird, wir erwarten aber von ten SAJ-Opposition, daß sie unseren Kampf auch teilweise jetzt schon, unterstützt. Schon im kannt, daß die Gewerkschaftsführer im Gegeninteressen des Jungproletariats handeln, erst dung des **Proletarischen Jugendkartells in D Gewerkschaften die einzigen, die sich diesem schlossen.** Sie bringen es sogar fertig, die Rei **gliedschaft in den Papierkorb wandern zu lassen** die Gewerkschaftsführer der FGJ muß desha werden, die SAJ-Opposition muß helfen verstärken, sie muß damit beweisen, ob ihre Op meint ist.

Von der FGJ muß verlangt werden, daß öfters Demonstrationen der arbeitenden Jugend ihrer Forderungen organisiert. Bei dem im Ju „Fest der Arbeit" haben die Jugendorganisatio legenheit dazu. An den letzten Jungarbeiter der Appell gerichtet werden: **Organisiere Gewerkschaften!**

Turnspiele. Resultate: Raffball: Ottendorf 1—Fortschritt 1 (6:1). Von Anfang flott. O. mit Ersatz. F. fehlt der Torschuß, sonst ausgeglichenes Spiel. — Radeberg 1 weilte am Sonntag in Weißwasser zum 50jährigen Bestehen und konnte den Handballmeister des 16. Kreises mit 4:2 schlagen. W. fiel dem Tempo der R. zum Opfer. — Trommelball: Rähnitz 1—Kötzschenbroda 1 81:89. Rähnitz 2—Kötzschenbroda 2 91:135. — Die für Mittwoch den 29. Juni angesetzte Verhandlung muß ausfallen. Die beteiligten Vereine werden später nochmals geladen. — Berichterstatter, vergeßt die Versammlung am Donnerstag nicht. Anfang 19,30 Uhr in der Geschäftsstelle.

Turnspieler 9. Bezirk, Freital.

Raffballresultate vom Sonntag den 26. Juni:

Tharandt 1—Obercarsdorf 1 13:2. Tharandt technisch überlegen, was Oberc. durch großen Eifer ersetzt, doch fehlte der Torschuß.

Zaucherode 1—Gittersee 1 6:1. Beide Mannschaften zeigten ein flottes, ausgeglichenes Spiel, das Z. dank besserer Stürmerleistungen gewann.

Häslich 1b—Potschappel 1 8:2. Häslich war im Zuspiel besser und konnte einwandfrei siegen.

Häslich 1—Coßmannsdorf 1 11:2. Deuben 1—Birkigt 1 13:8. Tharandt 2—Pesterwitz 2 4:7. Tharandt 2—Obercarsdorf 1 11:0. Häslich 2—Weißig 1 7:1. Häslich AH—Weißig 2 8:3. Tharandt 1. Jgd.—Potschappel 1. Jgd. 7:1. Pesterwitz 1. Jgd.—Döhlen 1. Jgd. 2:8. Pesterwitz 1. Jgd.—Freital-Pesterwitz 9:1. Pesterwitz 2. Jgd.—Rippien 1. Jgd. 5:3. Deuben 1. Jgd.—Döhlen 1. Jgd. 0:6. Zaucherode 1. Jgd.—Weißig 1. Jgd. 2:1. Häslich 2. Jgd.—Gittersee 2. Jgd 9:0. Das Spiel mußte infolge Herausstellung der Gittersee abgebrochen werden. Zaucherode 1. Splr.—Altstadt 1. Splr. 0:2.

ATuSpB, 5. Gruppe (Heide). Sonntag den 3. Juli wird der Kursus vom Männerturnen weitergeführt, der voriges Jahr abgebrochen werden mußte. 1. Uebungsstunde beginnt 8 Uhr im Gasthof zu Stenz. Vorturner, welche sich prüfen lassen wollen, können mit teilnehmen, da am Ende eine Vorturnerprüfung stattfindet. — Sonntag den 3. Juli Gruppenlehrstunde in Reichenau, Anfang 9 Uhr. Jeder Turnwart muß erscheinen.

Fr. TuSpV e. V. Hainsberg-Coßmannsdorf. Versammlung am Sonnabend dem 2. Juli fällt aus und findet am Freitag dem 8. Juli, 20,30 Uhr im Rest. Lindengarten statt. Turnratssitzung am 4. Juli, 20 Uhr daselbst. Sonnabend den 9. Juli Abendwanderung nach Obernaundorf zum Tg. Uhlemann, daselbst ein Tänzchen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Bez. Groß-Dresden. Ausfahrten am 3. Juli. Altstadt: Tour mit Vorabendtour Stolpen—Neustadt—Sebnitz. Abfahrt 2. Juli, 19 Uhr Schützenplatz. 6. Juli Versammlung. — Cotta: 3. Juli Badetour nach oberen Waldteichen, 40 Kilometer. Abfahrt 8 Uhr. — Kaditz: Tagestour nach Gröba. — Löbtau: Tagestour nach dem Königstein. Abfahrt 6 Uhr Bürgergarten. 6. Juli Jugendversammlung. — Abt. Neustadt: Vormittagstour Ullersdorf—Radeberg. Zurück durch den Prießnitzgrund. Abf. 6 Uhr Garnisonkirche. — Striesen-Johannstadt: Tagestour nach den Waldteichen. S Swornost: 2. bis 6. Juli Olympiade. lung. — Jugendabteilung: 3. Juli allen Bezirken. Abfahrt 6 Uhr Wilder Mann tag 3. Juli nicht mit dem 1. Bezirk, sondern Treffpunkt aller Bezirke 7 Uhr Lohmen, Hohnstein-Königstein, Naturfreundehaus. Ab 5 Uhr Schillerplatz. Heidenau stellt 9,10 Uhr

Touristenverein „Die Naturfreunde", Or Alt- und Friedrichstadt: Freitag den Besprechung mit unserem Sportarzt in Zim

Versammlungsk

Kommunistische Partei

Donnerstag den 30. Ju

Ortsgruppe Löbau. 20 Uhr gemeinsame Versa und JAH. Referat des Gen. Flammiger (Sächs. Schweiz).

Rabenau. Mitgliederversammlung im Rest.

Kommunistischer Jugendverb

Mittwoch den 29. Jun

Meißen. Unterbezirksversammlung im Rest. Thema: Stellung des KJVD zum komm

Donnerstag den 30. Ju

Groß-Dresden. Alle Gruppen im Stadtgebi an die Materialabholung erinnert. Bi abgeholt sein. Gruppen, schickt eure Le

Dresden-A. Gruppenabend im Rest. Mi 19,30 Uhr. Thema: Amnestiefragen u.

Neustadt-Ok. Gruppenabend im Kamerad. Uhr. Thema: Weltpolitische Lage.

Jung-Spartakus-Bund

Mittwoch den 29. Jun

Südwest. Schulzellenarbeit. Treffen Rath Alles erscheint in Kutte und Tuch.

Roter Frontkämpferbu

Donnerstag den 30. J

Abteilung 6. 19,30 Uhr Zugsversammlung Mathildenstraße 40. Alles hat zu er

Ortsgruppe Gittersee. 20 Uhr im Rehbock versammlung.

Rote Hilfe

Mittwoch den 29. Ju

Dresden-Leuben. Mitgliederversammlung Zimmer 3. Beginn 19,30 Uhr.

Proletarische Arbeitsgemeinschaft Oberdorf. Nächste Sitzung findet nicht am 29 6. Juli 21 Uhr bei Kayser statt.

...Dresden

...Said, Führer des Kurdenauf-
...0 seiner Anhänger in Djabekir
...ruhen in Mainz und Olden-
... Kämpfe in Hamburg und

[illegible]

...ele treu

(... 70. Geburtstag.)

...schütze,
...re
...!

...en
...nd,
... anderen Seite
...d
...er Protzen —

...nauern.
...urg —
...l,

...ahlten.
...n zu befreien.

...g.
...er Tränen.
...den, brecht die anderen!
...Fahne,
...er der Armen,
...wehre,

...Sosse,
...tenlinnen.
...echt!

...kert.

...st Verpflichtung für die Tat.
...aden,
...nmen.

...nen,

...rd geschlagen,
...chgestritten,
...d.

...Erdball klingt die alte Losung:
...Revolution!

Karl Glas.

...Arbeiter-Turn- und ...ndes

...öhte Organisation des Ar-
...sem Jahre zum ersten Male
...che, um für seine Be-
...ntlichkeit zu demonstrieren.
...beitersporttag, der auf den
...itglieder in allen Gauen
... passende Veranstaltungen
...läufe, Spiele, Wassersport
...ders ihren Klassengenossen,
...ibungen zu beweisen und
...örigkeitsgefühl ihrer selbst
... Junge und alte Turner,
... Fußballer, Turnspieler,
...en, sie alle wollen zeigen,
...nd was er zur Förderung
...ie höchste Tat ist die im
...ung der Bundesschule in
... des Arbeitersportes! In
...ng der Funktionäre und
... die dann das Gelernte in
...verwerten. — Aus eigener
...n, was er ist, nämlich **eine**
...**urarbeit leistet für das**
... **werktätige Mensch, der**
... **es noch tun will, sich be-**
...inesgleichen findet er mehr
... Spiel, als bei denen, die
...n oder sonst kaum beachten,
...ne" ist, die nach Abnutzung

...r Mahnruf:
...**rn- und Sportbund!**
(DASZ)

Der Rat teilt mit: Die
...m Hauseigentümer in Höhe
...iedensmiete an die für das
...erstelle bis zum 5. Juli 1927
... wird nach dem Fälligkeits-
... Der Mieter hat den auf
...en Steuerbetrag und
... in Höhe von 65 v. H. der
...) Prozent der monatlichen
...er so rechtzeitig zu zahlen,
...obigen Termin einzuhalten.
... erst nach dem 5. Juli 1927,
... die Zeit der Säumnis Ver-
...ährlich zu entrichten. Dieser
...eter, die schuldhaft den auf
...teuer nicht so rechtzeitig an
...daß dieser ihn spätestens am
... — an die Steuerstellen ab-

... zur Erholung untergebrach-
...ries am 1. Juli, 23,50 Uhr.

350 Jahre Dresdner Vogelwiese

Trotz des heute reaktionären Charakters der Schützengilden hat sich ihr „Vogelschießen" als eine Art Volksfest erhalten. Ursprünglich waren es Freunde der Jagd, die sich um 1450 in Dresden zur Schützengilde zusammenschlossen. Nach und nach entwickelte sich deren Armbrustschießen zu großen Festen und schließlich zu Märkten mit Belustigungsveranstaltungen, die fest in der breiten Masse der Bevölkerung verwurzelt waren. 1577 wurde das erstemal zu Pfingsten das Schießen auf den Elbwiesen veranstaltet, während es vorher beim alten Zwinger abgehalten worden war. Diese Vogelschießen, die damals eine Art Frühlingsfeier darstellten, hatten nämlich allmählich solche Massen herangelockt, daß der bisher benutzte Raum bei weitem nicht mehr ausreichte, um dem herbeiströmenden Volke Bewegungsmöglichkeit zu geben. Und die sollte es erhalten. War doch dieses Fest eines der wenigen Veranstaltungen, bei denen das „niedere Volk" ganz nach dem recht alten Grundsatz:

„Wenn schon kein Brot, dann wenigstens Spiele..."

durch Adel und Bürger das „Austoben" gestattet erhielt. Natürlich bildete zuerst der Schützenaufzug und das Schießen die Hauptsache, und am Schluß des Zuges marschierten etliche lustige Gruppen, die dann aber auf dem Festplatz selbst wohl bald die erste Stelle einnahmen. Mannigfach sind die Schilderungen über diese Volksfeste des Mittelalters. Würfel und Trunk peitschen das Volk auf, sich völlig den Wogen des „Vergnügens" anzuvertrauen. Recht derbe Belustigungen wechselten mit Geschicklichkeitsprüfungen, Wettlauf, Tanz und Possenreißen ab, und schließlich endete nach zwei Tagen alles mit einem riesigen Gelage, das manchem den Hals kostete, weil blutige Schlägereien an der Tagesordnung waren. Der Charakter der Vogelwiese ist dieser 350 Jahre hindurch erhalten geblieben. „Das niedere Volk" soll sich einmal „austoben" können. Aber die Entwicklung nach dem Kriege hat auch diesem traditionellen Dresdner Volksfest ihren Stempel aufgedrückt.

Die Vogelwiese soll den Arbeiter ablenken von seinen täglichen Nöten — er soll, und sei es nur für Stunden oder Tage, vergessen. Durch die Zuspitzung der Klassengegensätze muß die Vogelwiese, die ursprünglich aus ganz natürlichen Bedürfnissen aus der damaligen Entwicklung heraus entstanden, immer mehr und mehr ein gekünsteltes Gepräge erhalten. Mehr und mehr beginnt unter dem Einfluß der proletarischen Klassenorganisationen dies den breiten Massen klar zu werden und findet in der Absonderung durch würdige proletarische Veranstaltungen, wie Sonnenwendfeiern, „Fest der Arbeit" usw. seinen Ausdruck. Aber auch die schwererarbeiteten Pfennige des seiner Klassenlage noch nicht vollbewußten arbeitenden Mannes schlüpfen nicht mehr leicht aus der Faust. Die Verpachtung an die Fieranten läßt diese unter der Last der Kosten seufzen. Von Jahr zu Jahr fühlt man auch in diesen Kreisen mehr und mehr das K r a m p f h a f t e an diesen „Belustigungen".

Viel Lärm täuscht Fröhlichkeit, viel bunter Flitter Reichtum an Darbietungen vor.

Und das „Volk" beginnt sorgsam abzuwägen beim Gang durch die Straßen der Vogelwiesenstadt, die heute noch im Bau begriffen sind. Das schlechte Wetter bedrückt schon die Veranstalter und Aussteller. Und die Arbeiterfamilien, die nicht einmal ein paar Mark vom Wochenlohn für diese Vergnügungen zurücklegen können, weil sie für das Nötigste zum Leben trotz schwerster Arbeit nicht genügend erarbeiten können, und 19000 Erwerbslose in Dresden sind ebenfalls weggestrichen aus dem Kreis derer, die etwas „springen lassen können". Trübe wie das Wetter der letzten Tage sind auch dieses Jahr die Aussichten der Vogelwiese. Gewiß, viele Jugendliche aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung werden, unbekümmert um Wetter und Geldmangel, die Gassen der Vogelwiese bevölkern. Sie sind ja so genügsam geworden. Wissen sie denn von den wirklichen Freiheiten und Genüssen einer Jugend? Moloch Kapital und die Krallen der Bestie S o z i a l r e a k t i o n ersticken wahre Freude — Talmi, Flitter blendet Augen und Hirn. Aber die Selbstbesinnung muß kommen — ob die Tradition der Vogelwiese dann weggelöscht ist, ob sie in neuem, wirklich volkstümlichem Gewande aufersteht, ob einmal an die Stelle der grün-weißen Feste der Schützengilden ein rotes Fest der arbeitenden Jugend und ihrer Pioniere treten wird? Die Antwort auf diese Frage werden hoffentlich unsere Kinder in die Annalen der Geschichte der Vogelwiese, einem Stück der Dresdner Geschichte, einfügen...

---

aus Glauchnitz am 30. Juni, 11,12 Uhr. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zur genannten Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Dresden soll neu aufgelegt werden. Aenderungen in den Eintragungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens bis zum 10. Juli der zuständigen Vermittlungsanstalt schriftlich und postfrei mitgeteilt sind.

Freigegeben. Der seit dem 6. April 1927 wegen Einbaues der Straßenbahngleise gesperrte Teil der Bernhardstraße zwischen Leibniz- und Coschützer Straße ist für den Verkehr wieder freigegeben.

Die seit dem 20. Dezember 1926 gesperrte Geisingstraße ist für den Verkehr wieder freigegeben worden.

Verzeichnis der Gegenstände, die in den Markthallen zum Verkauf gebracht werden dürfen. 1. Lebensmittel aller Art. 2. Lebendes Geflügel, lebende Kaninchen, Fische, Krebse. 3. Genußmittel mit Ausschluß der geistigen Getränke und der Tabakwaren. 4. Blumen und Blumenbindereien (auch künstliche), Bindereiartikel, Pflanzen, Sämereien, Futter- und Düngemittel. 5. Landwein (nicht zum Genuß auf der Stelle). 6. Fruchtweine (unvergorene Fruchtsäfte). 7. Topfwaren und gewöhnliche Steingutwaren (Porzellanwaren ausgeschlossen). 8. Ton, Scheuertücher, Schermische, Stroh- und Bastdeckel, Rutenbesen. 9. Grobe Geflechte aus Holz, Schilf, Weiden, Bast- und dergleichen. 10. Papiertüten und Bindfaden. Das vorstehende Warenverzeichnis tritt am 1. Juli 1927 in Kraft.

„Freunde der freien Schule", 53. und 24. Volksschule. Mittwoch den 29. Juni, Punkt 20 Uhr im Restaurant Union, Huttenstraße: Vereinsversammlung. Bericht von der Elternratswahl und vom Elternrat, und Vortrag: Oberlausitzer Humor. (Herr Lehrer Schilke.)

Die „A-I-Z" heute neu!

Aus Ostsachsen

Ablehnung der Biersteuer in Dohna.

Nachdem auf dem Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Pirna die Erhebung einer Biersteuer zweimal abgelehnt worden war, sollte in außerordentlicher Sitzung am 23. Juni in Dohna Beschluß gefaßt werden, die Biersteuer im Orte einzuführen. Der Stadtverordnetenvorsteher gab zunächst ein Bild über die Verhandlung dieses Punktes auf dem Bezirkstag (er ist Mitglied des Bezirkstages) und erklärte, daß dort die sozialdemokratische Fraktion diese Steuer abgelehnt habe, er könne aber nicht einsehen, daß man durch Nichterheben der Steuer den Brauereien und Gastwirten ein Geschenk mache. Die bürgerliche Fraktion erklärte durch Stadtrat Strech, daß sie die Steuer ablehne. Nach dieser Erklärung große Erregung, da gerade der Sprecher ebenfalls Mitglied des Bezirkstags ist und dort für die Steuer gestimmt hat. Der Vorsteher warf den Bürgerlichen Inkonsequenz vor, was bei den Herrschaften Empörung hervorrief. Nun kam der Herr Stadtverordnete Maschke; er gab seiner Wut, daß die Bürgerlichen abgelehnt hatten, dadurch Ausdruck, indem er aufsprang, den vor ihm liegenden Aschebecher in die Hand nahm, denselben auf den Tisch warf, so daß er in Stücke sprang und im selben Augenblick ausrief: **„Nu Gottverdammich, nun hör' aber uff** (den Stadtverordneten Büttner-Schneider meinend), **wir ham uns doch immer so gut vertr...** Hier war ihm auf einmal die Luft ausgegangen, oder bereute er schon seine vegangene Heldentat? Er wollte wahrscheinlich sagen „so gut vertragen". Wir bemerken dies nur deshalb, weil gerade von sozialdemokratischer Seite immer der „gute Ton der Kinderstube" im Parlament so außerordentlich gepriesen wird. Stadtverordneter Büttner-Schneider beantragte, das Protokoll der Verwaltungsausschußsitzung zu verlesen, um zu ersehen, wie dieser Ausschuß die Steuer behandelt hat. Genosse R ö s s e l protestierte gegen diesen Antrag, man brauche den Beschluß des Ausschusses nicht, weil dieser gar keinen Einfluß auf unsere Stellungnahme haben kann. Wir haben schon des öfteren erklärt, daß die F r a k t i o n maßgebend ist und nicht die beiden Genossen im Ausschuß. Das Protokoll wurde verlesen und unserer Meinung nach die Schweigepflicht verletzt, da alle Einzelheiten und Namen mit genannt wurden. Uns ist es recht; wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß es keine Heimlichkeiten zwischen Stadtvertretung und Einwohnerschaft geben darf, weil ja letztere die Träger des Ganzen sind. Für die kommunistische Fraktion gab Genosse Körner die Erklärung der Ablehnung ab. Er führte aus, wir sind grundsätzlich Gegner von indirekten Steuern, weil diese immer getragen werden von der werktätigen Bevölkerung, die an sich schon den größten Teil der Steuern aufzubringen hat. Das Reich schenkt der Großindustrie Millionen von Steuern, so daß wir es nicht verantworten können, dieser Steuer zuzustimmen. Die Sozialdemokraten plädierten für die Steuer und stimmten auch dafür. Nach sehr erregter Aussprache wurde die Erhebung der Biersteuer a b g e l e h n t. Einige Straßenerneuerungsarbeiten wurden dann noch erledigt. Bedauerlich war es nur, daß außer den Dohnaer Gastwirten keine Zuhörer weiter anwesend waren. Der Arbeiterschaft empfehlen wir, sich mehr für die Stadtverordnetensitzungen zu interessieren.

Freidenker, Ortsgruppe Tharandt. Mittwoch den 29. Juni, abends 8 Uhr findet im Schützenhaus eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht von der Bezirkskonferenz und Allgemeines. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen, auch derjenigen, die noch niemals in einer Mitgliederversammlung waren. Gäste und alle aus der Kirche Ausgetretenen, die Mitglied unserer Ortsgruppe werden wollen, sind herzlich willkommen.

Radeberg. (B r e n n h o l z a b g a b e.) Der Rat gibt einen Posten Brennholz, Gestänge, das sind schmale Rollen, zum Preise von 7,25 RM für den Raummeter frei Haus an Minderbemittelte ab. Bestellungen werden im Stadtbauamt, Markt 1, 2. Obergeschoß, unter gleichzeitiger Bezahlung entgegengenommen.

Brand-Erbisdorf. (Aus der Lehrlingsabteilung der Elitewerke.) Uns wird geschrieben: Die Behandlung der Lehrlinge durch den Vorarbeiter Willy Grimmer verdienen einmal der Oeffentlichkeit vor Augen geführt zu werden. Ohne jeden Grund wurde der Lehrling W... von ihm geohrfeigt und außerdem noch zu 1 Stunde Strafarbeit ohne Bezahlung angehalten. Von dem Vater des Lehrlings nach dem Grund befragt, gab Herr Grimmer zur Antwort: Er hätte gerade einmal schlechte Laune gehabt; die Strafstunde wolle er zurückziehen. — Ein Beweis, daß er den Lehrling ohne Grund geschlagen hat. Den Lehrlingen und Jungarbeitern der Elitewerke rufen wir zu: Hinein in den Kommunistischen Jugendverband und in die freie Gewerkschaft; diese Organisationen vertreten eure Interessen im Kampf um menschenwürdige Behandlung gegen das Industriekapital und seine Lakaien.

Rundfunk

Donnerstag den 30. Juni:

16,30—18 Uhr: Nachmittagskonzert.
18.05—18.15 Uhr: Steuerrundfunk.
18.15—18.25 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
18,25 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
19,30 Uhr: Die Zauberflöte. Oper in zwei Akten. Text von Schikaneder und Giesecke. Musik von Wolfgang Amadeus Mozart.
22,45 Uhr: Funkpranger.
23 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
F u n k s t i l l e.

Wetterdienst vom 29. und 30. Juni. Warm, heiter bis wolkig, örtliche leichte Gewittererscheinungen nicht ausgeschlossen. Schwache Luftbewegung östlicher bis südlicher Richtungen.

Clara-Zetkin-Tag

Frauen-Kundgebungen
unter künstlerischer Mitwirkung der
„Roten Truppe" Strzelewicz ★

Sonntag den 3. Juli, in Pirna, „Volkshaus"
Montag den 4. Juli, in Heidenau, „Schützenhaus"
Dienstag den 5. Juli, in Dresden-A., „Kristallpalast"
Mittwoch 6. Juli, in Dresden-N., Watzkes Etablissement
Donnerstag 7. Juli, in Freital, „Goldener Löwe"

Beginn der Veranstaltungen 19,30 Uhr

...erktätige Frauen ...ollt ihr im Ringen um menschenwürdige Zustände abseits stehen? Denkt an die Zukunft eurer Kinder! Marschiert ...t der roten Front ...ommt restlos zu diesen Veranstaltungen!

KPD / RFMB / RFB / KJ / JSB / RH

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiterschach

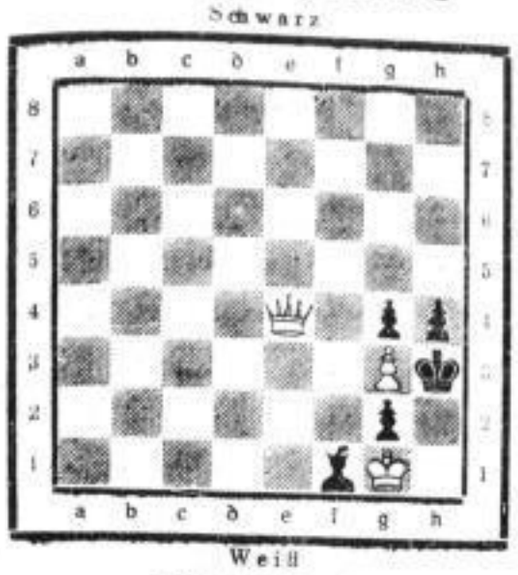
Bearbeitet vom Deutschen Arbeiter-Schachbund
Sitz Chemnitz, Zwickauer Str. 152 Volkshaus.

Dresden den 29. Juni 1927

Partie Nr. 7

G. Buchmann, Neukölln.
Arbeiter-Sportzeitung 1924 Nr. 4.

Schwarz



Weiß

Matt in 2 Zügen!

Lösung zur Aufgabe von Büchner in der vorletzten Nummer.

1 Sd6—e4! Kd5×e4; 2. Df2—f3#
Ld3×e4; 2. Df2—a2#
Sg3×e4; 2. Df2×f5#
f5×e4; 2. Df2—f7#
Lg5—d2; 2. Se4—f6#
beliebig 2. Se4—c3#

Diese Aufgabe zeigt ein vierfaches Springer-Opfer in einer sehr schönen Form. Die Abspiele sind sehr schön, es folgt bei allen Schlagzügen ein Damenmatt. Hervorzuheben ist noch der luftige Aufbau und das Haushalten mit dem Figurenmaterial.

Richtige Lösungen sandten ein: Aufgabe Nr. 6 K. Eisner, Freiberg i. Sa.

Schachnachrichten

Dresden. In dem Gesellschaftswettkampf Friedrichstadt—Stenzsch wurde ein Resultat von 5:3 erzielt. Friedrichstadt hat seinen Spielabend auf Donnerstag verlegt, Beginn 19,30 Uhr. Die Abteilung Cotta hat ihr Spiellokal gewechselt, selbiges befindet sich im Bahn- und Dampfschifffrestaurant Hamburger Straße, Nähe Schusterhaus. In der Woche vom 1. bis 7. Juli finden folgende Veranstaltungen statt: Abt. Altstadt, Wettinerhof, Wettiner-, Ecke Reinhardtstraße, 6. Juli Vortrag Wehle: die Bauernendspiele. Abt. Friedrichstadt, Brandenburger Hof, Berliner Straße 26, 7. Juli Italienisch. Abt. Johannstadt, Lichtheriheim, Hertelstraße 15, Hths., 5. Juli Bericht vom verflossenen Turnier. Abt. Kaitz, Ratskeller, 7. Juli Aljechinverteidigung. Abt. Kaditz, Ratskeller Alttrachau, 4. Juli Vortrag Roßberg Endspiele. Abt. Leuben, Jugendheim, Guerickestraße, 1. Juli Aufforderungssystem. Abt. Neustadt, Reichskrone, Bischofsweg, 7. Juli Partieglossierung. Abt. Striesen, Volkshaus, Schandauer Straße, 4. Juli Simmultanspiel Krätzschmar. Bücher aus der Vereinsbibliothek können jeden Mittwoch im Wettinerhof entliehen werden. Gäste sind dazu willkommen.

Dresden. Das Befähigungsturnier beginnt mit der ersten Runde Sonntag den 10. Juli 8,30 Uhr im Café Schöne im Großen Garten. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Meldungen spätestens bis 1. Juli in den Händen der Spielleiter sein müssen, um eine Verzögerung zu vermeiden, eine starke Beteiligung wird von allen Abteilungen erwartet.

Kreiswettkämpfe. Im Kreismeisterturnier treten im Juli die Mannschaften zu ihren letzten Kämpfen an. Der bisherige Stand ist folgender: Dresden 19 Punkte, Leipzig 16 (2 Hängen), Crimmitschau-Gößnitz 8 (1 Hänge), Zittau 7½ (1 Hänge) und Spielg. Limbach 6½ Punkte. Am 3. Juli spielen im Wettinerhof, Wettiner-, Ecke Reinhardtstraße, 9 Uhr Crimmitschau-Gößnitz—Dresden. Einzelmeister: Rößler, Neueibau—Munz, Aue. 14 Uhr Zittau—Crimmitschau-Gößnitz. Einzelmeister Munz, Aue—Ciesielski, Dresden. Am gleichen Tage spielt Leipzig in Limbach i. Sa.

Heidenau. Die Einweihung des Stadion in Heidenau findet nun am 17. Juli statt. Daselbst findet ein Propaganda-Schachwettkampf 7 Uhr des 4. Bezirks gegen Dresden im Alten Gasthof statt, 9 Uhr Spielgemeinschaftssitzung, 15 Uhr Aufführung einer lebenden Partie. Eine starke Beteiligung der Dresdener Schachgenossen wird erwartet. Abfahrt 17. Juli 6,17 Uhr ab Hauptbahnhof. Die Abteilungen werden gebeten, Schachmaterial mitzubringen. Parole: Auf, nach Heidenau.

Dresden-Heide. Am 10. Juli 14 Uhr Sitzung in Radeberg, Restaurant Zuchhold. Zum Wettkampfe treten folgende Mannschaften zusammen: 10. Juli 15 Uhr Radeberg—Ottendorf in Radeberg, Restaurant Zuchhold; 9 Uhr Lausa—Komenz in Lausa, Zur grünen Aue.

Spielgemeinschaft Rabenau. Am 10. Juli 20,30 Uhr findet ein Wettkampf zwischen Coßmannsdorf—Rabenau im Restaurant zum Bad statt.

Vereinigung der Problemfreunde Dresden. Unser nächster Vortrag findet am 9. Juli im Volkshaus, Ritzenbergstraße, von Löbel, der Herlin, statt. Dazu sind Problemfreunde sowie Interessenten herzlichst willkommen.

Radfahrabteilung Dresden. Bundesvereine, die gegen die Radfahrabteilung Wettkämpfe austragen wollen, werden gebeten, sich mit der Hauptspielleitung Dresden in Verbindung zu setzen. Adresse: Otto Wyberal, Dresden-N., Oppellstraße 24.

Kamenz. Schachgenosse Martin Bochmann, Dresden, spielte anläßlich des Reichsarbeiterportages am 19. Juni an 17 Brettern simultan, wo er 14 gewann, 3 verlor.

Alle Schachnachrichten und Lösungen sind zu richten an: Max Gläßer, Dresden 16, Kreutzerstraße 17, part.

Arbeitersport

Alle Fußballer zum Kreisfest 1928 in Dresden

Das war der einmütig geäußerte Wunsch der am Sonnabend und Sonntag in Dresden zusammengekommenen Mitglieder des Kreisfußballausschusses bei einer Besichtigung des Kreisfestzeltes. Schon jetzt sollen sich alle Fußballspieler des 4. Kreises darauf einstellen, im kommenden Jahre an einem Massenaufmarsch der sächsischen Fußballspieler teilzunehmen. Ganz besonderem Interesse begegnete der vom Gen. Meißner, Leipzig, gegebene 2½stündige Bericht über die Rußlandfahrt der Sachsenmannschaft. Die Leiter der Fahrt brachten Spielabschlüsse mit, nach denen **im nächsten Jahre eine russische Mannschaft fünf Spiele in Sachsen austrägt**, die noch vor dem Kreisfest, in der ersten Hälfte des Juli, stattfinden sollen. — Die anderen Tagesordnungspunkte behandelten in umfangreicher Weise die Finanzlage, den Haushaltplan (eine Kopfsteuererhöhung wurde abgelehnt), die Eintragung der Sächs. Spielvereinigung ins Vereinsregister sowie Satzungsfragen. Auch für die zukünftige Agitation wurden Wege gezeigt. Den zum größten Teil noch immer aus Arbeitern bestehenden bürgerlichen Vereinen soll mehr als bisher klargemacht werden, daß sie in die Reihen der Arbeitersportler gehören. Des weiteren fanden technische Belange Erwähnung. Im allgemeinen nahm die Tagung einen fruchtbringenden Verlauf.

Die Gewerkschaftsjugend demonstriert

Die erste Demonstration der Dresdner Gewerkschaftsjugendmitglieder / Aufmarsch nur mit roten Fahnen / Revolutionäre Kampflieder beherrschen die Demonstration

Jungarbeiter-Korrespondent R. H.

Am Sonnabend den 25. Juni hatte die Groß-Dresdner Freie Gewerkschaftsjugend zu einer Sonnenwendfeier „Verheißung des Lichts" nach dem Luftbad Hohen-Dölzschen aufgerufen. Dem Rufe waren zirka 1000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen gefolgt.

Der zentrale Sammelpunkt der Teilnehmer war der Schützenplatz, von da aus sollte demonstriert werden durch die Lobtauer und Tharandter Straße nach dem Luftbad Hohen-Dölzschen. Mit Spannung wurde das Eintreffen der einzelnen Bezirke auf dem Schützenplatz erwartet. Die KJV-Mitglieder der verschiedenen Gruppen, die sich an der Demonstration beteiligten, hatten es verstanden, eine gewisse Einheitlichkeit in das bunte Gemisch der Jugend zu bringen durch die roten Fahnen, durch ihre Transparente und durch ihre Kleidung. Die Stimmung der Demonstranten wurde dadurch gehoben. Interessant für uns ist, daß sich die SAJ Dresdens diesmal recht zahlreich beteiligte und auch verschiedene Gruppen in den Gruppen der FGJ mitmarschierten, z. B. Pieschen, die mit einer Teilnehmerzahl von zirka 60 Jugendlichen anmarschierten. Voran die Transparente:

Gegen das Arbeits„schutz"gesetz — Für wirklichen Jugendschutz.

Nachdem sich auf dem Schützenplatz der Zug formiert hatte, setzte er sich nach 8 Uhr in Bewegung. Wir hatten erwartet, daß die Gewerkschaftsjugendleitung von Dresden wenigstens für einige Transparente Sorge tragen wird, die im Zuge mitgeführt werden. Nicht einmal das war der Fall, sondern **alle Transparente wurden von der Kommunistischen Jugendorganisation gestellt**, die nicht einmal offiziell eingeladen war. Sie hielt es aber trotzdem für ihre Pflicht, ihre Mitgliedschaft zu dieser Sonnenwendfeier aufzubieten.

Die Demonstration war das Beste an der ganzen Sonnenwendfeier, weil sie von einem guten Kampfgeist getragen war. Der gemeinsame Aufmarsch der SAJ- und KJ-Mitglieder zeigte, daß die jugendlichen Arbeiter erkennen, daß sie den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich nur einig und geschlossen führen können. Trotzdem hielt es ein Jugendbeirat der FGJ Johannstadt für seine Pflicht, gegen das Transparent:

Gegen die kapitalistische Rationalisierung

Stellung zu nehmen. Er scheint jedenfalls die **Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung auf die arbeitende Jugend** nicht im geringsten zu kennen, **denn sonst würde er nicht gesagt haben, daß wir in dieser Frage „den Faschisten gleichen"**. Er scheint auch nicht zu wissen, welche Stellung die Faschisten zur Rationalisierung einnehmen. Gerade in deren Interesse liegt es doch, wenn die Arbeiterschaft mit Hilfe der kapitalistischen Rationalisierung mehr als je ausgebeutet, wenn die Arbeitsintensität gesteigert wird. Er hat damit bewiesen, daß er geblendet ist von dem „amerikanischen Paradies" und nicht erkennt, daß die deutsche Bourgeoisie diese Rationalisierung benutzt, um die Produktion im kapitalistischen Sinne auf Kosten der Arbeiter zu stabilisieren. Die erwachsene Arbeiterschaft sollte auf derartige „Jugendbeiräte" mehr achtgeben und es nicht zulassen, daß solche Kollegen für die Erziehung und Bevormundung der Gewerkschaftsjugendmitglieder bestimmt werden.

Die Jugendlichen selbst waren mit uns in dieser Frage einig und hatten nichts gegen diese Parole einzuwenden.

Ein Transparent wendete sich gegen die **Strafen und Mißhandlungen in den Fortbildungsschulen**, ein anderes

gegen den imperialistischen Krieg.

Die Musikgruppe der FGJ, die an der Spitze des Zuges marschierte, wirkte nicht genügend, da eben Streichmusik für einen Demonstrationszug ungeeignet ist. Hier wäre es bestimmt möglich gewesen, wenn die FGJ-Leitung dazu den Willen gehabt hätte, außer dieser Gruppe auch noch die Sportler oder den Roten Jungsturm mit dem Tambourkorps zu gewinnen. Das soll eine Lehre für die nächste Demonstration sein: sich nicht nur auf die eigenen Mittel zu beschränken, sondern dazu möglichst alle proletarischen Jugendorganisationen heranzuziehen. Wir nehmen an, daß die Sportler nicht eingeladen waren, denn sonst hätte es nicht passieren können, daß nur die

Schwimmerjugend als einzige Sportorganisation

im Zuge mitmarschierte.

Während es trotz der schlechten Organisierung von seiten der Leitung gelungen war, durch den Kampfwillen der Mitgliedschaft eine gute Demonstration zustande zu bringen, zeigte sich das Versagen der Leitung noch deutlicher bei der eigentlichen Feier, wo dies direkt katastrophal wirkte.

Auch eine Sonnenwendfeier kann zur revolutionären Erziehung der proletarischen Jugend sehr viel beitragen, wenn das Programm ein dementsprechendes ist. Statt dessen wickelte sich das Programm folgendermaßen ab:

1. Sprechchor, 2. Feuerrede. Zu dieser einige Worte. Der Referent begann seine Feuerrede mit den Worten: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit. Dann erzählte er, wie die Urmenschen beim Feuer zusammenkamen, dort ihre Feste feierten usw. Jugend und erwachsene Arbeiter gehören zusammen, führen gemeinsam den Kampf zum Siege des Proletariats. Dann wieder „Schöngeistiges" — und zuletzt: in Gemeinschaft wollen wir kämpfen und arbeiten, bis wir „freie Menschen" sind.

Entweder er weiß es nicht oder er hat es ganz vergessen, den Jugendlichen zu erzählen, wie der Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse und der arbeitenden Jugend geführt werden soll, welche Aufgaben insbesondere in der jetzigen Periode die Freie Gewerkschaftsjugend im Kampf gegen das kapitalistische System übernehmen soll. Kein Wort von der elenden Lage der Jungarbeiterschaft Deutschlands, von der ungeheuren Ausbeutung und dem Kampf der Gewerkschaften dagegen. Kein Wort über die Frage des Krieges, dessen Bekämpfung schon vor 20 Jahren in der proletarischen Jugendbewegung eine Hauptaufgabe war. Kein Wort davon, daß die Jugend das Kanonenfutter für den nächsten imperialistischen Krieg sein soll. Nichts von alledem. Statt dessen nur inhaltleere Phrasen von der „Gemeinschaft", die zu nichts verpflichten. **Wir werden erst dann freie Menschen sein können, wenn wir den Kapitalismus gestürzt haben**, wenn wir die materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung einer proletarischen Kultur geschaffen haben. Gerade deshalb energischer muß die arbeitende Jugend jetzt gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse auf allen Gebieten, auf wirtschaftlichem und kulturellem, kämpfen. Die in letzter Zeit von der Bürgerblockregierung durchgepeitschten Gesetze zur Entrechtung der Arbeiterklasse und ihrer Jugend: Schmutz- und Schundgesetz, Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten, das Arbeitsschutzgesetz und das geplante Reichsschulgesetz und Reichskonkordat, **zwingen der arbeitenden Jugend den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung direkt auf.** Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, zufolge ihrer Rolle als Massenorganisation des gesamten Proletariats, **die Massen für diesen Kampf zu mobilisieren.**

In diesem Sinne hätte eine Feuerrede bei einer Sonnenwendfeier den Kampfwillen der Jugendlichen gesteigert und gefestigt. So aber war die Feuerrede eindruckslos, so daß es viele vorzogen, eher nach Hause zu gehen oder interessiert den Worten des Referenten zuzuhören.

Die Demonstration war gut — die Feier schlecht. Wenn die Feier nicht diese Mängel gezeigt hätte, wäre mit der Veranstaltung das Ziel erreicht worden: die Werbung nach außen und die Vertiefung des Kampfwillens der eigenen Mitglieder. Der SAJ muß gesagt werden, daß sie nicht nur zu Sonnenwendfeiern der FGJ kommen soll, sondern auch die politische Pflicht hat, an den sonstigen Arbeiten der FGJ teilzunehmen, daß sie nicht wie bisher die FGJ als eine Konkurrenzorganisation der SAJ ansieht und sie deshalb sabotiert. Gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend hat sie die Aufgabe, für eine revolutionäre Klassenpolitik der Gewerkschaften zu sorgen und die Werbearbeit unter den jugendlichen Arbeitern für den Eintritt in die Gewerkschaften zu verstärken. Wir wissen, daß die SAJ-Führung dies nicht tun wird, wir erwarten aber von der klassenbewußten SAJ-Opposition, **daß sie unseren Kampf in Zukunft, wie auch teilweise jetzt schon, unterstützt.** Schon immer haben wir erkannt, daß die Gewerkschaftsführer im Gegensatz zu den Interessen des Jungproletariats handeln, erst kürzlich bei der Bildung des **Proletarischen Jugendkartells in Dresden waren die Gewerkschaften die einzigen, die sich diesem Kartell nicht anschlossen.** Sie bringen es sogar fertig, die **Resolutionen der Mitgliedschaft in den Papierkorb wandern zu lassen.** Der Druck auf die Gewerkschaftsführer der FGJ muß deshalb verstärkt werden, die SAJ-Opposition muß helfen, diesen Druck zu verstärken, sie muß damit beweisen, ob ihre Opposition ernst gemeint ist.

Von der FGJ muß verlangt werden, daß sie in Zukunft öfters Demonstrationen der arbeitenden Jugend zur Durchsetzung ihrer Forderungen organisiert. Bei dem im Juli stattfindenden „Fest der Arbeit" haben die Jugendorganisationen die nächste Gelegenheit dazu. An den letzten Jungarbeiter muß immer wieder der Appell gerichtet werden: **Organisiere dich in den freien Gewerkschaften!**

Turnspiele. Resultate: Raffball: Ottendorf 1—Fortschritt 1 (6:1). Von Anfang flott. O. mit Ersatz. F. fehlt der Torschuß, sonst ausgeglichenes Spiel. — Radeberg 1 weilte am Sonntag in Weißwasser zum 30jährigen Bestehen und konnte den Handballmeister des 16. Kreises mit 4:2 schlagen. W. fiel dem Tempo der R. zum Opfer. — Trommelball: Rähnitz 1 — Kötzschenbroda 1 81:89. Rähnitz 2—Kötzschenbroda 2 91:135. — Die für Mittwoch den 29. Juni angesetzte Verhandlung muß ausfallen. Die beteiligten Vereine werden später nochmals geladen. — Berichterstatter, vergeßt die Versammlung am Donnerstag nicht. Anfang 19,30 Uhr in der Geschäftsstelle.

Turnspieler 9. Bezirk, Freital.

Raffballresultate vom Sonntag den 26. Juni:

Tharandt 1—Obercarsdorf 1 13:2. Tharandt technisch überlegen, was Oberc. durch großen Eifer ersetzt, doch fehlte der Torschuß.

Zaucherode 1—Gittersee 1 6:1. Beide Mannschaften zeigten ein flottes, ausgeglichenes Spiel, das Z. dank besserer Stürmerleistungen gewann.

Häslich 1b—Potschappel 1 8:2. Häslich war im Zuspiel besser und konnte einwandfrei siegen.

Häslich 1—Coßmannsdorf 1 11:2. Deuben 1—Birkigt 1 13:8. Tharandt 2—Pesterwitz 2 4:7. Tharandt 2—Oberpolitisch 1 11:0. Häslich 2—Weißig 1 7:1. Häslich AH—Weißig 2 8:3. Tharandt 1. Jgd.—Potschappel 1. Jgd. 7:1. Pesterwitz 1. Jgd.—Döhlen 1. Jgd. 2:8. Pesterwitz 1. Jgd.—Freital-Pesterwitz 9:1. Pesterwitz 2. Jgd.—Rippien 1. Jgd. 5:3. Deuben 1. Jgd.—Döhlen 1. Jgd. 0:6. Zaucherode 1. Jgd.—Weißig 1. Jgd. 2:1. Häslich 2. Jgd—Gittersee 2. Jgd 9:0. Das Spiel mußte infolge Herausstellung der Gittersee abgebrochen werden. Zaucherode 1. Splr.—Altstadt 1. Splr. 0:2.

ATuSpB, 5. Gruppe (Heide). Sonntag den 3. Juli wird der Kursus vom Männerturnen weitergeführt, der voriges Jahr abgebrochen werden mußte. 1. Uebungsstunde beginnt 8 Uhr im Gasthof zu Stenz. Vorturner, welche sich prüfen lassen wollen, können mit teilnehmen, da am Ende eine Vorturnerprüfung stattfindet. — Sonntag den 3. Juli Gruppenlehrstunde in Reichenau, Anfang 9 Uhr. Jeder Turnwart muß erscheinen.

Fr. TuSpV e. V. Hainsberg-Coßmannsdorf. Versammlung am Sonnabend dem 2. Juli fällt aus und findet am Freitag dem 8. Juli, 20,30 Uhr im Rest. Lindengarten statt. Turnratssitzung am 4. Juli, 20 Uhr daselbst. Sonnabend den 9. Juli Abendwanderung nach Obernaundorf zum Tg. Uhlemann, daselbst ein Tänzchen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Bez. Groß-Dresden. Ausfahrten am 3. Juli. Altstadt: Tour mit Vorabendtour Stolpen—Neustadt—Sebnitz. Abfahrt 2. Juli, 19 Uhr Schützenplatz. 5. Juli Versammlung. — Cotta: 3. Juli Badetour nach oberen Waldteichen. 40 Kilometer. Abfahrt 6 Uhr. — Kaditz: Tagestour nach Gröba. — Löbtau: Tagestour nach dem Königstein. Abfahrt 6 Uhr Bürgergarten. 6. Juli Jugendversammlung. — Abt. Neustadt: Vormittagstour Ullersdorf—Radeberg. Zurück durch den Prießnitzgrund. Abf. 6 Uhr Garnisonkirche. — Striesen-Johannstadt: Tagestour nach den Waldteichen. Abfahrt 6 Uhr. — Swornost: 2. bis 6. Juli Olympiade. Näheres Versammlung. — Jugendabteilung: 3. Juli Jugendwerbetag in allen Bezirken. Abfahrt 6 Uhr Wilder Mann. — Jugendwerbetag 3. Juli nicht mit dem 1. Bezirk, sondern 6. 8. und 11. Bezirk. Treffpunkt aller Bezirke 7 Uhr Lohmen, dann Jugendburg Hohnstein-Königstein, Naturfreundehaus. Abfahrt für Dresden 5 Uhr Schillerplatz. Heidenau stellt 9,10 Uhr an der Ausstellung.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Dresden. Alt- und Friedrichstadt: Freitag den 1. Juli, 19,30 Uhr: Besprechung mit unserem Sportarzt in Zimmer 1.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Donnerstag den 30. Juni:

Ortsgruppe Löbau. 20 Uhr gemeinsame Versammlung mit KPD und IAH. Referat des Gen. Flammiger über Rote Armee (Sächs. Schweiz).

Rabenau. Mitgliederversammlung im Rest. Kunath 19,30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch den 29. Juni:

Meißen. Unterbezirksversammlung im Rest. z. Schweizerhaus. Thema: Stellung des KJVD zum kommenden Kriege.

Donnerstag den 30. Juni:

Groß-Dresden. Alle Gruppen im Stadtgebiet Dresden werden an die Materialabholung erinnert. Bis heute muß alles abgeholt sein. Gruppen, schickt eure Leute.

Dresden-A. Gruppenabend im Rest. Milek, Fischhofplatz, 19,30 Uhr. Thema: Amnestiefragen u. a.

Neustadt-Ost. Gruppenabend im Kamerad, Oppellstraße, 19,30 Uhr. Thema: Weltpolitische Lage.

Jung-Spartakus-Bund

Mittwoch den 29. Juni:

Südwest. Schulzellenarbeit. Treffen Rathaus Cotta 18 Uhr. Alles erscheint in Kutte und Tuch.

Roter Frontkämpferbund

Donnerstag den 30. Juni:

Abteilung 6. 19,30 Uhr Zugsversammlung Restaurant Goldig, Mathildenstraße 40. Alles hat zu erscheinen.

Ortsgruppe Gittersee. 20 Uhr im Rehbock wichtige Mitgliederversammlung.

Rote Hilfe

Mittwoch den 29. Juni:

Dresden-Leuben. Mitgliederversammlung im Gasthof Leuben, Zimmer 3. Beginn 19,30 Uhr.

Proletarische Arbeitsgemeinschaft Ober- und Niederfriedersdorf. Nächste Sitzung findet nicht am 29. Juni, sondern am 6. Juli 21 Uhr bei Kaufer statt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Verb. f. Freidenkertum u. Feuerbestatt.
Ortsgruppe Pirna-Copitz

Hierdurch zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied

Hedwig Halm

im Alter von 49 Jahren an den Folgen einer Operation plötzlich von uns geschieden ist. Wir werden der Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Eindäscherung findet Freitag, den 1. Juli, 1/2 17 Uhr, im Krematorium zu Dr.-Tolkewitz statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet

der Vorstand

+ Sind Sie leidend?

Gebrauchen Sie eine Kräuterkur! Morgenharn erforderlich. Gewissenhafte Beratung ist Ihnen sicher.

Wilh. Urban, Zittau, Rossplatz 17.

GRÜNE WIESE

Die beliebten

Balltage

Donnerstags: Herren 80, Damen 60 ₰
Sonntags:
Tanzmarken — Tanzbändchen

Das Qualitätsrad
verkauft seit Jahrzehnten

Gustav Barta
Dr.-Neust., Leipziger Str. 64
Fil. Reichenberg-Bautzner

Opel-Fahrräder

Herrenrad	98.50
Damenrad	105.50
Halbrenner	110.00

Spezial-Räder:
65.—, 75.—, 85.—, 99.—, 70.
Günst. Zahlungsbedingg.

Musik-Instrumente

Trommeln, Trommelfelle, Martin-Fanfaren usw. kaufen Sie billigst bei

Lorenz, Lüttichaustr. 6
Fernr. 18129 Alle Reparat.

Sämtliche altbekannten

Biere

liefert frei Haus und Kantine

Kurt Noack
Dohnaischer Platz

Ein jeder

Geschäftsinhaber, der seinen Kundenkreis erweitern will,

inseriert

in der Zeitung der werktätigen Bevölkerung Ostsachsens,

in der Arbeiterstimme

Prachtfeuerwerke

und **einzelne Feuerwerkskörper**
groß und klein, in größter Auswahl

Buntfeuer (Schellack) rot u. grün Pfd. ℳ 1.20
Wachsfackeln, 2½ u. 3½ Std. **60** und **90** ₰
Illuminationslämpchen (Talg) **7** ₰
Lampionslichter, große Zylinderflammen ℳ 2.80
Magnesiumfackeln **75** ₰

liefert und brennt ab

Drogenhaus Franz Schaal
DRESDEN-A., Annenstraße 21
und **Alaunstraße 11** Ruf 21065

Am Freitag, dem 1. Juli 1927

morgens 8 Uhr, eröffnen wir in **Dresden-Altstadt, Pfotenhauerstraße 45,** eine vorbildlich eingerichtete

Neue Fleischwaren-Verteilungsstelle

In dieser ebenfalls mit erstklassigen Kühlanlagen versehenen Verteilungsstelle stehen unsern Mitgliedern sowohl Frischfleisch und Gefrierfleisch als auch alle Wurst- und Fettwaren in bester Beschaffenheit zu den günstigsten Preisen zur Verfügung. / Unsere Fleischpreise in den Fleischwaren-Verteilungsstellen Nr. 1 (Poststraße 15/17), Nr. 2 (Dürerstraße 91) und Nr. 3 (Pfotenhauerstraße 45):

Frischfleisch

Vom Rind

	Pfund
Kochfleisch	RM. 1.20
Bratfleisch	RM. 1.30
Bratfleisch ohne Knochen	RM. 1.60
Rouladen	RM. 1.60
Gehacktes	RM. 1.20
Beinfleisch	RM. -.80

Vom Hammel

	Pfund
Keule	RM. 1.40
Rücken	RM. 1.70
Vorderfleisch	RM. 1.30

Vom Kalb

	Pfund
Keule	RM. 1.45
Rücken	RM. 1.45
Schulter	RM. 1.45
Brust und Unterrippe	RM. 1.35
Beinfleisch (Hagen)	RM. 1.00

Vom Schwein

	Pfund
Bauch und Schulter ohne Zulage	RM. 1.05
Kamm	RM. 1.50
Kotelette	RM. 1.50

Gefrierfleisch

Vom Rind

	Pfund
Beinfleisch	RM. -.50
Kochfleisch II	RM. -.55
Kochfleisch I	RM. -.65
Bratfleisch	RM. -.75
Bratfleisch ohne Knochen	RM. -.95
Gehacktes	RM. -.65
Gulasch	RM. -.90
Rouladen	RM. 1.00
Beefsteak	RM. 1.00
Talg, roh	RM. -.40
Gefrier-Leber	RM. -.90

Vom Hammel

	Pfund
Keule	RM. -.90
Rücken	RM. -.85
Vorderfleisch	RM. -.85

Wir führen stets das erstklassigste Fleisch!

Die Abgabe erfolgt nur an Mitglieder

Jeder Verbraucher kann Mitglied werden. Eintrittsgeld 50 Pf. Anmeldungen werden in allen Verteilungsstellen entgegengenommen

Konsumverein

Vorwärts

V.-O.-Lichtspiele
im Volkshaus Dresden-Ost
Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Straße

Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (30. Juni b. 2. Juli)

Auf vielseitigen Wunsch!

Der überall mit großem Erfolg gelaufene Film:

An der schönen blauen Donau

in 7 Akten, mit Lya Mara u. Harry Liedtke in den Hauptrollen

Außerdem: Großes Beiprogramm
mit neuester Emelka-Wochenschau

Vorführungen: 1/2 9 und 1/2 9 Uhr

Erwerbslose, Kriegshinterbliebene und Kriegsverletzte zahlen Donnerstags halbe Preise auf allen Plätzen

---

Kluge Eheleute!
Alle sanit. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapparat.
R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Straßensperrung

Infolge der Ausführung von Wasserleitungsarbeiten wird die Oberpesterwitzer Straße von der Burgwartstraße bis zur Flurgrenze Pesterwitz für den Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über die Burgwart- und Kohlsdorfer Straße verwiesen.

Rat der Stadt Freital am 28. Juni 1927.

Die Frau, der Krieg und der Sozialismus

Am Freitag, dem 1. Juli, 19,30 Uhr:
Oeffentlicher Frauenabend der KPD
im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.

Ansprache: Alfred Werner.

Gertrud Strzelewicz liest aus Werken Clara Zetkins, Larissa Reißners u. a. m.

Eintritt frei!

Butter billiger!

Görlitzer Molkereibutter	1.05
Kleeblattbutter	1.—
Röslainbutter	—.98

stets frisch

Barbiergasse 19 **Otto Viehrig** Lange Straße 28

Der

Rote Rummel

am 23. Juli 1927 in Dresden, 19,30 Uhr Reichskrone, ist ein Auftakt zum

13. internationalen Jugendtag

und gleichzeitig ein Auftakt zur Kampagne gegen

neuen imperialistischen Krieg.

Deshalb muß ein jeder sich in den Dienst der Organisierung stellen.

Farben Lacke Tinsel

erhalten Sie billig in der

ADLER-DROGERIE
ALFRED SEIFERT, PIRNA

Geschäfts-Uebergabe

Meiner werten Kundschaft hierdurch zur Kenntnis, daß ich unterm heutigen Tage meine **Fleischerei** an Herrn **Fritz Kühnel** verpachtet habe. Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Pirna-Copitz, am 30. Juni 1927

Carl Bernhardt
Fleischermeister, Pillnitzer Straße 9

Auf obiges bezugnehmend, bitte ich, auch mich in meinem jungen Unternehmen gütigst zu unterstützen. Meine mich beehrende Kundschaft werde ich stets bemüht sein, aufs beste zu bedienen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Fritz Kühnel

SLUB
Wir führen Wissen.